



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ ZU DIESER NUMMER	
Die Regional- und Kommunalwahlen in Russland am 8. September 2013	2
■ WAHLBEOBACHTUNG	
Presseerklärung von Golos: Ablauf des Wahltages	2
Überblicksbericht über die Wahlen in Russland	3
Ausgabe Nr. 1. Die Etappe der Registrierung von Kandidaten	3
Ausgabe Nr. 2. Der Wahlkampf	7
■ UMFRAGE	
Prognosen vor den Wahlen in Moskau und im Moskauer Gebiet	11
■ DOKUMENTATION	
Ergebnisse der Wahlen zu Gouverneuren bzw. Verwaltungsoberhäuptern in acht Regionen	13
Wahlergebnisse in ausgewählten Gebietshauptstädten	15
Ergebnisse der Wahlen der Regionalparlamente	17
■ UMFRAGE	
Die Sonntagsfrage	20
■ PRESSESTIMMEN	
Die Regionalwahlen in der russischen Presse	22
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Russische Blogger zu den Regionalwahlen	23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Nawalnyjs Wahl – Geburt eines Oppositionsführers?	24
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
Vom 21. August bis zum 12. September 2013	27



Die Regional- und Kommunalwahlen in Russland am 8. September 2013

Am vorigen Sonntag, dem 8. September 2013, fanden in zahlreichen Regionen und Kommunen Wahlen und Nachwahlen statt. Insgesamt wurden landesweit für 6.987 Wahlgänge durchgeführt, in denen Parlamente, Stadt- und Bezirksräte, Bürgermeister, Ortsvorsteher, Gouverneure und Verwaltungsoberhäupter bestimmt und einzelne Abgeordnete für regionale und kommunale Gremien nachgewählt wurden. U. a. wurden in 8 Regionen (Chakassien, dem Transbaikal, der Region Chabarowsk, Wladimir, Magadan, dem Moskauer Gebiet, der Stadt Moskau und der Autonomen Bezirk Tschukotka) die Gouverneur bzw. Verwaltungsoberhäupter und in 16 (Kalmykien, Chakassien, Burjatien, Baschkortostan, Sacha (Jakutien), Transbaikal, Irkutsk, Kemerowo, Smolensk, Uljanowsk, Iwanowo, Rostow, Jaroslawl, Wladimir, Archangelsk und Tschetschenien) Regionalparlamente gewählt. Darüber hinaus wurden auch in 8 Gebietshauptstädten Bürgermeister gewählt – u. a. in Petrosawodsk (Karelien) und Jekaterinburg (Swerdlowsker Gebiet).

Von Regierenden und Opposition wurde dieser landesweite Wahltag auch als ein Ereignis gesehen, das es erlaubte, die politische Kräfteverteilung und die Stabilität des Regimes abzuschätzen. Insofern kommt dem 8. September erhebliche Bedeutung zu. Von seinem Ausgang hängt ab, ob die Putin-Administration ihren bisherigen Kurs fortsetzt oder ob sie nach neuen Wegen sucht, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Die vorliegende Ausgabe der Russland-Analysen beschäftigt sich mit Vorbereitung, Durchführung und Ergebnis der Wahlen. In der folgenden werden wir uns mit der politischen Bedeutung der Wahlen auseinandersetzen. Für die Beobachtung der Wahlen arbeiten die Russland-Analysen wieder mit der russischen Wahlbeobachtungsorganisation GOLOS zusammen – die trotz des auf sie ausgeübten Drucks fortbesteht und mit anderen Beobachterinitiativen kooperiert – und mit der EPDE (European Platform for Democratic Elections).

WAHLBEOBACHTUNG



8 September 2013

Presseerklärung von Golos: Ablauf des Wahltages

Moskau, 9. September 2013. Der 8. September 2013 ist der erste »Allgemeine Wahltag«, der auf den zweiten Sonntag im September gelegt wurde und die beiden allgemeinen Wahltage ablöst, die bislang (seit dem 1. Januar 2006) in den März und den Oktober fielen.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission (ZWK) waren 6825 Wahlen und Referenden angesetzt, darunter 8 Wahlen zum regionalen Verwaltungsoberhaupt, 16 Wahlen zum Regionalparlament, 8 Wahlen zum Verwaltungsoberhaupt einer regionalen Hauptstadt, 12 Wahlen zum Kommunalparlament einer regionalen Hauptstadt.

Vertreter der Bewegung GOLOS haben die Stimmabgabe, die Stimmauszählung und die Auflistung der Wahlergebnisse in Wahllokalen in den Gebieten Iwanowo, Wladimir, Wolgograd, Woronesch, Nowgorod, Rostow, Rjasan, Twer, Kaliningrad, Kirow, Kostroma, Lipezk und Saratow sowie den Republiken Adygeja, Baschkortostan, Chakassien, Kalmykien und Karelien, und auch in den Städten Wladiwostok, Jekaterinburg, Moskau und Toljatti beobachtet. In den Wahllokalen der Hauptstadt Moskau sind über 8.000 Vertreter der »Union der Beobachter« in Moskau, darunter einige Hundert Korrespondenten von GOLOS vor Ort gewesen.

Bürgermeisterwahlen in Moskau

Auf Grund der Ergebnisse, die Golos in mehr als fünfzig Prozent der Wahllokale in Moskau erhoben hat, wäre ein zweiter Wahldurchgang erforderlich, um den Sieger zu ermitteln. Den Ergebnissen von Golos zu Folge hat der amtierende Bürgermeister Sobjanin 49,5% der Stimmen erhalten. Die von den Wahlkommissionen vorgelegten offiziellen Ergebnisse sehen jedoch Sobjanin mit 51,4% der Stimmen als Sieger im ersten Wahlgang.

In den Wahllokalen, in denen Beobachter anwesend waren, sind die Ergebnisse von Golos und die offiziellen Ergebnisse identisch. Entscheidend für die Ergebnisse, die Sobjanin zum Sieger im ersten Wahlgang machten, sind dieje-

nigen, die von der Wahlkommission aus Wahllokalen vorgelegt wurden, in denen keine Beobachter anwesend waren. Das schürt Zweifel an der Legitimität der Wahlen in Moskau.

Es ist eine öffentliche Untersuchung nötig, um die tatsächlichen Ergebnisse festzustellen, da Golos und die Union der Beobachter Regelverletzungen festgestellt haben. In den Wahllokalen, in denen Beobachter von Golos anwesend waren, sind zwei Maßnahmen festgestellt worden, die anscheinend dazu eingesetzt wurden, die Wahlergebnisse mit Hilfe administrativer Ressourcen zu beeinflussen.

- Golos hat einen erhöhten Anteil der mobilen Stimmabgabe beobachtet (5 %), der die Wahlergebnisse dahingehend beeinflussen kann, dass hierdurch Stimmen von Leuten gewonnen werden, die sozialen Vergünstigungen abhängen und dem derzeitigen Regime daher eher loyal gegenüberstehen.
- Es waren nicht genügend Wahlscheine vorhanden, so dass viele Beobachter und Mitglieder von Wahlkommissionen, die nicht im Wahllokal an ihrem Wohnort wählen konnten, an der Stimmabgabe gehindert wurden, was für die Amtsinhaber von Vorteil ist.

Die Wahlen in den Regionen

In den Regionen ist die gleiche Art von Unregelmäßigkeiten und Fälschungsmethoden wie bei den Wahlen im Jahr 2011 festgestellt worden. Die Manipulationen haben alle Phasen des Wahlprozesses betroffen, von der Registrierung der Kandidaten bis zur Stimmauszählung. Das zeigt, dass die regionalen Regierungen nicht mehr wegen gesellschaftlicher Kontrolle besorgt waren. Dieser offensichtliche Rückschritt ist enttäuschend, da 2012 einige Verbesserungen zu beobachten waren.

Der Beitrag der Zivilgesellschaft zu fairen Wahlen.

Die Beispiele Moskau und Jekaterinburg zeigen, dass politischer Wettbewerb das gesellschaftliche Interesse erhöhen kann und gesellschaftliches Engagement ein wesentlicher Faktor ist, um Versuche der Regierung zu überwinden, die öffentliche Meinung zu entstellen. Es ist offensichtlich, dass es Versuche der Regierung gegeben hat, die Wahlen in Moskau frei und fair abzuhalten: Kandidaten wurden zugelassen und die Wahlkommissionen wurden angewiesen, direkte Fälschungen zu vermeiden. Das ist dem Umstand geschuldet, dass man sich bewusst war, unter den prüfenden Blicken der Öffentlichkeit zu agieren. In Jekaterinburg sind dank der breiten gesellschaftlichen Beteiligung an der Wahlbeobachtung Versuche der Wahlkommission vereitelt worden, die wirklichen Ergebnisse nicht anzuerkennen, was zum Sieg des oppositionellen Kandidaten führte.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Überblicksbericht über die Wahlen in Russland

Ausgabe Nr. 1. Die Etappe der Registrierung von Kandidaten

Die Bewegung für den Schutz der Wählerrechte GOLOS stellt ihren ersten Überblicksbericht der Wahlen in Russland vor, die für den 8. September 2013 angesetzt wurden. Der Überblick umfasst Materialien von Aktivisten und Experten von GOLOS sowie Expertenberichte und Analysen aus öffentlich zugänglichen Quellen.

I. Schlussfolgerungen

Für den 8. September 2013 sind in Russland Direktwahlen der Oberhäupter von acht Regionen, 16 Wahlen von Regionalparlamenten, acht Direktwahlen zum Stadtoberhaupt des regionalen Verwaltungszentrums sowie 12 Wahlen zum Kommunalparlament in den regionalen Verwaltungszentren angesetzt. Neben den Wahlen in den regionalen Hauptstädten wird in 2309 weiteren Kommunen das Verwaltungsoberhaupt gewählt, und es finden in 3447 Kommunen allgemeine Wahlen zu den Kommunalräten statt. Der Beginn der Wahlkampagne bei den Regional- und Kommunalwahlen am 8. September 2013 fand unter schwierigen politischen Bedingungen statt. Die Popularität der Partei der Macht schwindet wegen der zahlreichen Korruptionserhellungen, deshalb greift die Regierung im Vorfeld der Wahlen zu Repressionen gegen Aktivisten der Zivilgesellschaft, gegen die gesamte außersystemische Opposition und praktisch den gesamten nichtkommerziellen Sektor. Unter Einsatz einer ganzen Reihe repressiver Gesetze, etwa zum Demonstrationsrecht, zur sogenannten »Spionagetätigkeit«, zu »ausländischen Agenten«, zum Verbot einer Arbeit, die

durch amerikanische Zuwendungsgeber finanziert wird, und zum Gesetz über Verleumdung, versucht die Regierung, Aktivisten der Zivilgesellschaft und Bürgerrechtler weitestmöglich einzuschüchtern und in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

So folgten der Verabschiedung der repressiven Gesetze zahlreiche Fälle strafrechtlicher Verfolgung von Aktivisten der Zivilgesellschaft, staatsanwaltschaftliche Überprüfungen von nichtkommerziellen Organisationen und Gerichtsverfahren gegen nichtkommerzielle Organisationen.

Die Regierung hat unter maximalem Einsatz der staatlichen Propagandamaschine eine breit angelegte Diskreditierungskampagne gegen praktisch alle politischen Führer der Opposition und von nichtkommerziellen Organisationen veranstaltet, die internationale Zuwendungen erhalten; dabei wurde das Feindbild der ausländischen Zuwendungsgeber kultiviert. Das Netzwerk für einheimische Wahlbeobachter, die Assoziation GOLOS, ist kurz vor Beginn des Wahlprozesses auf Grund einer zweifelhaften Gerichtsentscheidung geschlossen worden.

Das neue Parteiengesetz enthält liberalisierte Regeln zur Registrierung von Kandidaten, die durch politische Parteien aufgestellt werden. Dies führt im Vergleich zu den vergangenen Kommunalwahlen zu einer größeren Zahl der 2013 an den Wahlen teilnehmenden Parteien.

Obwohl sich der Wettbewerbscharakter insgesamt verstärkt hat, wurden viele lokale Anführer der Opposition als Kandidaten nicht registriert.

Es hat ein beträchtlicher Abzug von Vertretern der regionalen und lokalen Eliten aus praktisch allen Systemparteien, also den in der Staatsduma vertretenen Parteien, eingesetzt, der vor allem die Situation der Partei »Einiges Russland« real bedroht.

Dies hat eine Gegenreaktion ausgelöst: Der Druck auf aussichtsreiche Kandidaten und Kandidatenlisten »alternativer« Parteien ist erhöht worden.

II. Besonderheiten der Wahlkampagne

Erstmals ist der allgemeine Wahltag in Russland auf den zweiten Sonntag im September gelegt worden, anstelle der beiden allgemeinen Wahltage, die früher in den März und den Oktober fielen.

Dieser Zeitpunkt wurde so gewählt, damit der Wahlkampf und die Wahlen im Sommer, in der Phase der größten Demobilisierung des aktiveren Bevölkerungsteils stattfinden und eine Manipulierung der Wahlen möglichst leicht fällt. Hierbei sollen unterschiedliche Methoden zur Aktivierung der gehorsamen Wähler eingesetzt und die Stimmen der in der Stadt gebliebenen Rentner gesammelt werden. Die Hauptphase der Wahlen, z. B. die Nominierung und Registrierung der Kandidaten und Parteilisten sowie der Wahlkampf, fallen in eine Zeit, in der große Bevölkerungsteile in Urlaub sind, was für die meisten der teilnehmenden Kandidaten und politischen Parteien beträchtliche Schwierigkeiten mit sich bringt.

Und das ist kein Zufall. Die Wahlen vom 8. September 2013 bedeuten praktisch ein neues Kapitel in der Geschichte der Wahlen in Russland. Die Änderungen, die nach Annahme eines neuen Gesetzes die Registrierung neuer Parteien erleichtern, führen gerade bei diesen Wahlen zu qualitativ anderen Resultaten. So können bei den Wahlen in den verschiedenen Regionen zwischen 48 und 54 Parteien teilnehmen.

Auch die Liste der anstehenden Wahlen ist nun im Vergleich mit den Wahlen vom Oktober 2012 um einiges repräsentativer. Wenn auch die Liste der Akteure auf dem Feld der politischen Konkurrenz angewachsen ist, hat die Partei der Anhänger von Alexej Nawalnyj – die »Volksallianz«, die »Partei des 5. Dezember« – zum Beginn der Wahlkampagne keine Registrierung erhalten.

Alle Gouverneurswahlen finden turnusmäßig statt, mit den Ausnahmen Moskau, Moskauer Gebiet und Dagestan (in letzterem wird übrigens das Republiksoberhaupt nicht direkt, sondern durch die Abgeordneten des Parlaments gewählt).

Der Moskauer Bürgermeister Sobjanin, dessen Amtszeit im Oktober 2015 auslaufen würde, hat von dem Recht eines Regionsoberhauptes (des Bürgermeisters) Gebrauch gemacht, seine Amtszeit vorzeitig zu beenden (gesetzlich ist das möglich), und tritt nun bei vorzeitigen Wahlen an. Am 5. Juni hat Präsident Putin einen Erlass über das vorzeitige Ende der Amtszeit Sobjanins und gleichzeitig dessen Ernennung zum geschäftsführenden Bürgermeister Moskaus unterzeichnet. Das sichert Sobjanin für die Phase der anstehenden Wahl beträchtliche administrative Ressourcen.

Die Aufmerksamkeit eines erheblichen Teils der Gesellschaft ist auf die Teilnahme Alexej Nawalnyjs an den Moskauer Bürgermeisterwahlen und die Teilnahme Gennadij Gudkows an den Gouverneurswahlen im Moskauer Gebiet gerichtet. Auch in den meisten Regionen fern der Hauptstadt bieten die Kandidatenlisten bei den Gouverneurswahlen reale Alternativen.

Eine weitere Maßnahme der Regierung im Vorfeld der Wahlen ist der Versuch, unter dem Label der Nicht-Partei »Volksfront – Für Russland« (ehemals »Allrussische Volksfront« – russ. Abk.: »ONF«) eine breite Koalition herzustellen.

In der gegenwärtigen Situation ist in dem Aufbau der »Volksfront« ein Mittel zu sehen, die regionalen Eliten um Wladimir Putin persönlich zu scharen und dessen Status eines überparteilichen Führers wiederherzustellen. Gleichzeitig wird unter den neuen Parteien auf dem liberalen Flügel des politischen Spektrums die »Bürgerplattform«, die Partei Michail Prochorows, immer deutlicher wahrnehmbar; sie wird für die regionalen Eliten zunehmend zur »Partei der zweiten Wahl«. In dieser Nische konkurriert diese Partei mit der Partei »Gerechtes Russland«.

Die Bürgerplattform versammelt zunehmend ernstzunehmende Akteure um sich (vor allem aus den Reihen politisierter Unternehmer), die bei »Einiges Russland« keinen Platz für sich sehen. Die jungen Parteiprojekte stehen jedoch erst am Anfang ihres Weges, und es braucht mehr als eine Wahl, bei gleichbleibenden Spielregeln im Bereich der politischen Parteien, damit das Parteiensystem in Russland tatsächlich einen realen Wettbewerbscharakter erhält.

III. Registrierung der Kandidaten

Der Ausgang der Registrierung der Kandidaten für die Wahlen am 8. September zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Regierung versucht, zwischen demonstrierter Legitimität der Wahlen und der Angst vor Kontrollverlust in Bezug auf eben diese Wahlen zu lavieren.

Sobald sich in einer Reihe von Regionen eine mögliche Verschlechterung der Wahlergebnisse von Vertretern des Regimes deutlich abzeichnete, wurden Überlegungen fallengelassen, die Legitimität der Wahlen in der Gesellschaft zu erhöhen; stattdessen wurde begonnen, Vertreter der Opposition massenhaft nicht zu den Wahlen zuzulassen.

Auf Grund des Ausgangs der Registrierung der Parteilisten und Kandidaten lassen sich die Regionen Russlands in vier große Gruppen teilen:

Die erste Gruppe ist durch Minimierung von Skandalen bei der Registrierung und sogar die Bereitschaft der Behörden gekennzeichnet, demonstrativ eine Registrierung der prominentesten Listen und Kandidaten oppositioneller Ausrichtung zu fördern.

Zu dieser Gruppe gehören die Bürgermeisterwahlen in Moskau und die Gouverneurswahlen im Moskauer Gebiet. Auch bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten in Burjatien und Kalmykien sowie in den Gebieten Archangelsk, Smolensk und Uljanowsk und bei den Wahlen des Bürgermeisters und zur Stadtduma in Jekaterinburg sind alle oder fast alle nominierten Parteilisten registriert worden.

Die zweite Gruppe besteht aus den Regionen, in denen die Registrierung von gehörigen Skandalen begleitet war, und populäre Kandidaten oder Parteilisten sowie wichtige Oppositionspolitiker unter zweifelhaften Vorwänden oder zweifelhaften Umständen nicht zugelassen wurden. Der größte Skandal entwickelte sich bei den Wahlen in die Gebietsduma Jaroslawl, wo die Registrierung der Liste einer in der Wahlkampagne aussichtsreichen Partei, der »Bürgerplattform« mit dem verhafteten Bürgermeister von Jaroslawl, Jewgenij Urlaschow, an der Spitze unter zweifelhaften Vorwänden verweigert wurde.

Eine Vielzahl von Skandalen wurde bei den Wahlen zur Stadtduma von Rjasan, zum Obersten Sowjet in Chakassien und zur Stadtduma von Abakan festgestellt. Eine beträchtliche Zahl von verweigerten Registrierungen wurde bei den Wahlen zur Stadtduma von Tjumen festgestellt.

Die dritte Gruppe stellt eine Zwischenvariante dieser beiden Strategien dar. In diesen Regionen wurden einerseits alle führenden Listen und Kandidaten registriert, andererseits sind unter den Listenkandidaten und/oder Kandidaten, die von einer Partei in den Direktwahlkreisen nominiert wurden, eine Reihe wichtiger und recht aussichtsreicher Kandidaten ausgeschlossen worden. Dies schwächte erheblich die betroffenen Listen und verringerte ihre Wahlchancen. Außerdem könnte es die Parteiorganisation demotivieren und deren Wahlkampf desorganisieren.

Diese Strategie wurde bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung des Gebiets Wladimir und der Staatsversammlung von Jakutien festgestellt. Bei den Wahlen zur Stadtduma in Rjasan wurde diese Strategie mit der unter der zweiten Gruppe genannten Strategie kombiniert. Im Gebiet Iwanowo hat das Gericht des Oktjabrskij-Bezirks D. Siganow, die Nummer 2 auf der Kandidatenliste der Partei »Bürgerplattform« für die Wahlen zur Gebietsduma bis zum 12. September unter Hausarrest gesetzt.

Die vierte Gruppe besteht aus den Regionen, in denen eine extreme elektorale Lenkbarkeit herrscht, und in denen die formale Zahl der registrierten Kandidaten praktisch keinerlei Einfluss auf die Wahlergebnisse und deren mathematische Korrektheit hat (Tschetschenische Republik, Gebiet Kemerowo).

Somit gerieten formale politische Erklärungen, die wirklich freie und von Wettbewerb geprägte Wahlen als notwendig deklarierten, in einen bestimmten Widerspruch zur politischen Praxis. Diese Wahrnehmung wird durch die merkwürdigen Ergebnisse der Verlosung der Plätze auf den Stimmzetteln für die Regionalwahlen verstärkt. Hierbei gelangte »Einiges Russland« entgegen aller Regeln mathematischer Wahrscheinlichkeit in einem beträchtlichen Teil der Fälle an die erste Stelle auf dem Wahlzettel.

Nach Ansicht von Experten kann der erste Platz auf dem Stimmzettel den Parteien einen Bonus unter unentschlossenen oder orientierungsschwachen Wählern bringen. Unter den neuen Bedingungen könnte die ungleichmäßige Verteilung der ersten Plätze auf den Stimmzetteln noch gravierender sein als 2006–2011, da die Anzahl der Parteien auf den Stimmzetteln drastisch zugenommen hat, und damit das Risiko, dass sich der Wähler vertut oder zufällig sein Kreuzchen macht.

Der offensichtliche Widerspruch zwischen den Verlosungsergebnissen und dem gesunden Menschenverstand lässt Zweifel an der Neutralität der Wahlkommissionen aufkommen und könnte ein Signal psychologischer Vorbereitung auf mögliche, gefährlichere Verstöße bei der Abstimmung und bei der Stimmauszählung sein.

Ergebnisse der Kandidatenregistrierung bei den Wahlen zum Oberhaupt einer Region

Der Prozess der Registrierung der Kandidaten für das Amt des Oberhauptes einer Region ist höchst kompliziert. Es besteht die Notwendigkeit, Unterschriften von Leitern der Kommunalverwaltungen sowie von Abgeordneten der kommunalen Räte zu sammeln (der so genannte »kommunale Filter«). Zugleich kann ein Abgeordneter nur zugunsten eines einzigen Kandidaten seine Unterschrift geben. Dabei sind die Amtsleiter der Kommunen und Abgeordneten der Kommunalräte entweder Mitglieder der Partei »Einiges Russland« oder sie sind abhängig von den übergeordneten Verwaltungsstrukturen. Das versetzt die oppositionellen Kandidaten in eine ungünstige Lage.

Ohne administrative Unterstützung bei der eigenständigen Sammlung der Unterschriften der Kommunalabgeordneten ist ein Scheitern des Registrierungsversuchs praktisch garantiert. Damit ein Kandidat nicht registriert wird, braucht die Regierung diesen nicht einmal zu behindern; es reicht, ihm einfach nicht zu helfen.

Genau dies geschah mit G. Fetissow in Moskau und dem Moskauer Gebiet (Allianz der Grünen – Volkspartei), O. Iwanow (RPR-PARNAS) in Chakassien, A. Koscheljow in der Transbaikal-Region und A. Filippow im Gebiet Wladimir (beide von der »Bürgerplattform«), die beide im Verlauf der Unterschriftensammlung von keiner administrativen Unterstützung Gebrauch machen konnten. Im Ergebnis wurden Koscheljow und Filippow nicht registriert, obwohl sie die erforderlichen Unterschriften gesammelt haben, weil es das Verfahren der Unterschriftensammlung einem Kandidaten beispielsweise nicht erlaubt, im Voraus festzustellen, ob ein bestimmter Abgeordneter bereits für einen anderen Kandidaten unterschrieben hat.

Gleichzeitig hatten sich auf einer Sitzung der Zentralen Wahlkommission (ZWK) am 7. August 2013 der stellvertretende Vorsitzende der ZWK L. Iwlew und die Leiter der Wahlkommissionen des Moskauer Gebietes und der Stadt Moskau, I. Wildanow und W. Gorbunow, in dem Zusammenhang dahingehend geäußert, dass »*der kommunale Filter seine Effizienz bewiesen hat*«.

Die Registrierung der Kandidaten für den Posten der Regionsoberhäupter (Gouverneure) macht durch die Praxis den Umstand deutlich, dass der »kommunale Filter« die oppositionellen Kandidaten dazu zwingt, eine Erlaubnis der »Partei der Macht« einzuholen.

Das geschieht vor dem Hintergrund weiterer Verbotsvorschriften in der Gesetzgebung zur Wahl der Regionsoberhäupter (Verbot der Eigennominierung, Verbot für Parteien, Mitglieder anderer Parteien zu nominieren, Verbot für Abgeordnete, mit ihrer Unterschrift mehrere Kandidaten zu unterstützen).

Registrierung der Parteilisten für die Wahlen zu den Regionalparlamenten

Insgesamt wurden 306 Kandidatenlisten nominiert (19,1 pro Region). Registriert wurden 278 Listen (durchschnittlich 17,38 Listen pro Region).

Vergleicht man die durchschnittliche Zahl der an den Wahlen teilnehmenden Parteien vom 14. Oktober 2012 (13,17 Listen pro Region) mit der von den Wahlen vom 8. September 2013, hat der Wettbewerb formal gewachsen.

Dabei ist hervorzuheben, dass die Zunahme dieses formalen Wettbewerbs vor allem technischer Art ist.

So ist die Methode, in den Regionen praktisch identisch besetzte Parteilisten zu nominieren, bei denen die meisten der Kandidaten, wenn nicht gar alle, keine Beziehung zur betreffenden Region haben, dazu geeignet, die Existenz von Kandidaten auf den Stimmzetteln (die in Wirklichkeit keinen eigenen Wahlkampf führen) endlos zu vervielfältigen.

Diese Existenz auf dem Stimmzettel hat in der Regel das Ziel, lediglich seine Teilnahme zu dokumentieren, doch verwirrt das die Wähler und raubt praktisch den real teilnehmenden Parteien Wählerstimmen.

Diese Methode setzen vor allem Parteien des »Bogdanow-Pools« ein, die eng mit dem »Andrej-Bogdanow-Zentrum« verbunden sind: Demokratische Partei Russlands (DPR), die Kommunistische Partei für Soziale Gerechtigkeit (KPSS), die sozialdemokratische SDPR, Volkspartei Russlands (NPR), »Union der Städter«, »Bürgerliche Position« und »Heimatland«. Eine analoge Methode wird mittlerweile auch von der Partei »Bürgerkraft« eingesetzt.

Diese acht Parteien haben insgesamt 83 Listen aufgestellt; 81 davon sind registriert worden (verweigert wurde die Registrierung nur bei der »Bürgerkraft«).¹

Dabei bestehen die Listen der Parteien des »Bogdanow-Pools« fast überall aus denselben Kandidaten, die gewöhnlich nicht in den Regionen wohnen, in denen sie nominiert werden. Die entsprechenden Unterlagen werden gleichzeitig und oft durch dieselben Bevollmächtigten eingereicht. Nichtsdestotrotz werden diese Parteilisten ohne Schwierigkeiten registriert.

Was die Verweigerung einer Beglaubigung und Registrierung bei anderen Parteien betrifft, so zeigt eine Analyse der Beschlüsse der Wahlkommissionen, dass die meisten Fälle auf Beanstandungen der Unterlagen zurückzuführen sind. Ein beträchtlicher Teil der Verweigerungen ist auf überhöhte Vorgaben in den regionalen Gesetzen hinsichtlich der Mindestzahl an Kandidaten in den Listen und der Mindestzahl der Kreis- und Ortsgruppen zurückzuführen. Dadurch sind die Parteien gezwungen, eine bewusst überhöhte Anzahl an Kandidaten aufzustellen und Gefahr zu laufen, von den Wahlen ausgeschlossen zu werden, wenn ein Teil der Kandidaten abspringt.

Registrierung der Kandidaten für die Direktwahlkreise bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten

Den Angaben aus der Tabelle auf der Website der ZWK mit Stand vom 8. August zufolge sind in 378 Direktwahlkreisen bei den wichtigsten Regionalwahlen 2964 Kandidaten nominiert worden (7,9 Kandidaten pro Mandat). Von Parteien sind 2479 Kandidaten nominiert worden, 485 Kandidaten haben sich eigenständig nominiert (1,3 Kandidaten pro Mandat). Wir heben hervor, dass »Einiges Russland« die meisten Kandidaten nominiert hat (371), wobei bis zum 8. August 366 Kandidaten registriert wurden. Mit anderen Worten, diese Partei hat fast alle Direktwahlkreise »abgedeckt«.

Mit Stand vom 10. August wurden 2562 Kandidaten, darunter 2314 durch Parteien und 248 durch Eigennominierung, registriert. Insgesamt betrug der Anteil der bei der Registrierung »ausgesiebten« Kandidaten 13 %, unter den Parteinominierungen waren es 6 %; und unter den eigenständigen Nominierungen wurden 49 % ausgesiebt.

Diese Zahlen bestätigen nur die frühere Schlussfolgerung, dass dieses hohe Niveau der »Aussiebung« nicht auf die hohe Zahl der erforderlichen Unterschriften zurückzuführen ist, sondern auf die drakonischen Vorschriften zu ihrer Prüfung und zur Festlegung der Fehlerquote.

*Zur Vorbereitung dieses Berichts wurden folgende Quellen verwendet: Artikel von A. Buzin (www.votas.ru), Autorenbeiträge und Publikationen von A. Kynev und A. Lubarev sowie Berichte des Komitees der Bürgerinitiativen (<http://komitetgi.ru/analytics/>)
Redaktion: L. Shibanova (Vorsitzende von GOLOS)*

Übersetzung: Hartmut Schröder

¹ Der Skandal um die Liste der KPSS im Gebiet Archangelsk. Auf die Liste waren 38 Personen berufen worden, unter anderem R.A. Peschkina, Jahrgang 1937, wohnhaft in Kursk. Allerdings ging bei der Wahlkommission eine offizielle Antwort der Verwaltung der Föderalen Migrationsdienstes für das Gebiet Kursk ein, der zufolge R.A. Peschkina am 19. Februar 2013 auf Grund ihres Todes aus dem Melderegister genommen worden war. Es ist hervorzuheben, dass die Kandidatenliste für die Gesetzgebende Versammlung des Gebiets fast vier Monate nach dem Ableben auf einem Parteitag verabschiedet worden ist.

Ausgabe Nr. 2. Der Wahlkampf

Die Bewegung für den Schutz der Wählerrechte GOLOS stellt ihren zweiten Überblicksbericht der Wahlen in Russland vor, die für den 8. September 2013 angesetzt wurden. Der Überblick umfasst Materialien von Aktivisten und Experten von GOLOS sowie Expertenberichte und Analysen aus öffentlich zugänglichen Quellen.

I. Zusammenfassung

Die Zentrale Wahlkommission (ZWK) der Russischen Föderation hat in einer Reihe von Fällen Beschlüsse, durch die die Beglaubigung und Registrierung von Parteilisten und Kandidaten für die Regionalwahlen verweigert wurde, wieder aufgehoben. Diese Fälle stellen jedoch nur einen geringen Teil der Fälle dar, in denen Parteien oder Kandidaten nicht zugelassen wurden.

Der politisch bedeutsamsten Beschwerde, nämlich die auf Wiederherstellung der Registrierung der Parteiliste der Partei »Bürgerplattform« für die Wahlen zur Gebietsduma im Gebiet Jaroslawl, ist nicht stattgegeben worden. Zudem hat die Wahlkommission von Chakassien die Registrierungsunterlagen von »RPR-PARNAS« abgelehnt.

Die Wahlen der Oberhäupter in den wichtigsten Kommunen bleibt einer der problematischsten Bereiche bei Wahlen in Russland. Die »Aussiebe«-Rate in der Registrierungsphase für Bürgermeisterkandidaten betrug 21 %, und unter den eigenständig nominierten Kandidaten 70 %.

In der Wahlkampfphase wird offensichtlich auf eine niedrige Wahlbeteiligung gesetzt. Das ermöglicht es, vor allem administrativ abhängige Wählergruppen zu mobilisieren und dabei Methoden zur Diskreditierung alternativer Parteien und Kandidaten einzusetzen.

Im Verlauf des Beobachtungszeitraums sind Fälle von vorzeitigem Wahlkampf festgestellt worden: Ein beträchtlicher Teil des Wahlkampfes fand bereits vor Beginn der offiziellen Wahlkampfzeit und außerhalb des rechtlichen Rahmens statt, der durch die Wahlgesetzgebung abgesteckt ist.

Die Hauptstrategie der Kandidaten, die die derzeitige Regierung repräsentieren, sieht wie folgt aus: Es erfolgt vorzeitige und indirekte Wahlwerbung in Form einer Berichterstattung über die berufliche Tätigkeit der Kandidaten.

Die massive indirekte Wahlwerbung wird von einer weitgehenden Reduzierung der formalen Wahlwerbung begleitet, sowie von immer häufigeren Fällen, dass Medien sich weigern, Kandidaten oder Parteien entgeltliche oder auch unentgeltliche Sendezeit oder Anzeigenspalten zur Verfügung zu stellen.

II. Beschwerden und Revisionen in Bezug auf die Registrierung von Parteilisten und Kandidaten

In einer Reihe von Fällen hat die Zentrale Wahlkommission Beschlüsse nachgeordneter Wahlkommissionen über eine Nichtbeglaubigung und Nichtregistrierung von Parteilisten oder Kandidaten für die Regionalwahlen aufgehoben. Dies betrifft jedoch nur einen geringen Teil der Fälle, in denen Parteien oder Kandidaten nicht zugelassen wurden.

Bei einer Reihe von Einzelkandidaten sind ebenfalls gesonderte Beschlüsse der ZWK ergangen, durch die Entscheidungen der regionalen Wahlkommissionen im Moskauer Gebiet, in der Region Krasnojarsk, im Gebiet Nowosibirsk und in der Republik Dagestan aufgehoben wurden.

Beschlüsse der ZWK wurden jedoch nicht immer von den nachgeordneten Wahlkommissionen umgesetzt. So hat die ZWK die Beschlüsse der Wahlkommissionen der Republik Chakassien und des Gebietes Rjasan aufgehoben und diese angewiesen, die Unterlagen der Partei »RPR-PARNAS« anzuerkennen. Die Wahlkommission von Chakassien hat jedoch zum dritten Mal die Registrierungsunterlagen von »RPR-PARNAS« abgelehnt.

Es ist festzustellen, dass zum einen viele Wahlteilnehmer sich nicht an die ZWK, sondern an Gerichte wenden, und dass die Gerichte bei der Verhandlung der Beschwerden von Kandidaten oder Parteien fast immer auf der Seite der Wahlkommissionen stehen; darüber hinaus ist parallel zur wiederhergestellten Registrierung eines Teils der Kandidaten und Parteilisten eine sehr viel größere Zahl von Kandidaten und Parteilisten aus den Wahlen ausgeschieden (sowohl auf Grund persönlicher Erklärungen, als auch in einer beträchtlichen Zahl von Fällen durch eine gerichtliche Aufhebung des Registrierungsbeschlusses).

Der politisch wichtigsten Beschwerde in Bezug auf eine Registrierung bei den Regionalwahlen – eingereicht von der Partei »Bürgerplattform« – ist nicht stattgegeben worden. Gerade diese Liste mit dem vorübergehend aus dem Amt entfernten Jaroslawler Bürgermeister Je. Uraschow an der Spitze hatte bei den Wahlen zur Gebietsduma Jaroslawl von den Listen der neu teilnehmenden Parteien die größten Erfolgsaussichten bei den bevorstehenden Regionalwahlen. In der Region ist nicht nur die Registrierung der Kandidatenliste der »Bürgerplattform« nicht wiederhergestellt worden, sondern es sind gegen Ende der Wahlkampfzeit zunehmend Schlüsselkandidaten dieser Partei in den Direktwahlkreisen aus dem Rennen genommen worden.

Bei den Wahlen zur Staatsversammlung der Republik Sacha (Jakutien) ist die Registrierung der Liste der Agrarpartei Russlands widerrufen worden. Im Gebiet Rjasan hat das Gebietsgericht am 14. August der Partei »Rodina« [dt.: »Heimat«] und der »Allianz der Grünen« die Wiederherstellung der Registrierung ihrer Kandidaten bei den Wahlen zur Stadtduma Rjasan verweigert. Am 16. August hat das Gebietsgericht Rjasan der Partei »Jabloko« die Wiederherstellung der Registrierung der Parteiliste für die Wahlen zum Stadtrat von Skopin verweigert. Das Gebietsgericht Wladimir hat den Beschluss der Gebietswahlkommission über die Registrierung des Vertreters der KPRF und Mitglieds des Föderationsrates Alexandr Sinjagin aufgehoben.

Diese Liste ließe sich durch die meisten Regionen fortführen.

Auf der kommunalen Ebene stellt sich das Bild der Registrierung der Bürgermeisterkandidaten noch bedrückender dar: Die »Aussiebe«-Rate in der Phase der Kandidatenregistrierung betrug 21 %, und unter den eigenständig nominierten Kandidaten 70 %.

Es kann konstatiert werden, dass gerade die Wahlen der Oberhäupter der wichtigsten Kommunen einer der problematischsten Bereiche bei Wahlen in Russland bleiben.

Je schwächer die Position der derzeitigen Stadtregierung ist, desto stärker lassen sich eine Tendenz zur Manipulierung der Wahlen beobachten, sowie Versuche, politische Opponenten nicht zur Wahl zuzulassen. Dabei unterscheidet sich die Situation in den einzelnen Regionen beträchtlich. So sind in Abakan alle Kandidaten registriert worden (allerdings gab es dort von Anfang an weniger Kandidaten als anderswo, und die Position des derzeitigen Stadtoberhauptes ist von Beginn an stark gewesen). In Wladiwostok und Welikij Nowgorod betrug die Aussieberate 30–31 %, wobei in Wladiwostok (wie auch in Wologda, Woronesch und Jekaterinburg) kein einziger eigenständig nominierter Kandidat registriert worden ist.

III. Besonderheiten des Wahlkampfes

Es muss festgestellt werden, dass in einer Reihe von Regionen offensichtlich auf eine niedrige Wahlbeteiligung gesetzt wird. Das ermöglicht es, vor allem administrativ abhängige Wählergruppen zu mobilisieren und dabei Methoden zur Diskreditierung alternativer Parteien und Kandidaten einzusetzen. Diese Strategie führt dazu, dass in der gesellschaftlichen Wahrnehmung die Legitimität der gewählten Staatsorgane sinkt, was hinsichtlich der langfristigen politischen Folgen höchst gefährlich ist.

Gleichzeitig bleibt eine beträchtliche Differenzierung der Wahlkampfaktivität über die Regionen bestehen, je nach dem realen Wettbewerbscharakter bei den betreffenden Wahlen.

So ist praktisch während des gesamten Beobachtungszeitraumes bei den Regionalwahlen in Chakassien und in der Region Chabarowsk sowie bei den Kommunalwahlen in Kysyl, Majkop eine minimale Wahlkampfaktivität (den indirekten Wahlkampf hier ausgenommen) festzustellen gewesen. Die aktivsten Wahlkämpfe wurden in den Gebieten Archangelsk, Wladimir, Irkutsk, Smolensk und Jaroslawl sowie in der Transbaikal-Region, in Burjatien, in Moskau und in Jekaterinburg registriert. Die Experten stellen fest, dass die Bürgermeisterwahlen in Moskau und die Gouverneurswahlen im Moskauer Gebiet den größten Wettbewerbscharakter aufweisen.

Vorzeitiger Wahlkampf

In vielen Regionen hat hierdurch bereits im März und April verstärkt ein faktischer Wahlkampf eingesetzt, wobei die Wahlkampfaktivität bis zum Juli erheblich schwächer wurde. Dadurch erfolgte ein wesentlicher Teil des Wahlkampfes bereits vor dessen offiziellen Beginn und außerhalb des rechtlichen Rahmens, der von der Wahlgesetzgebung gesteckt ist. Anschließend folgte in den meisten Regionen beim Wahlkampf Windstille (Ende Juni und im Juli). Eine neuerliche Verstärkung der Wahlkampfaktivitäten setzte in den Regionen ungefähr seit der zweiten Hälfte des Monats August mit dem Näherrücken des Wahltags ein.

Der vorzeitige Wahlkampf war sehr weit verbreitet und hatte mehrere Ziele: Zum einen handelt es sich um einen Kampf innerhalb der politischen Parteien um den Anspruch auf Parteienominierungen, was den Siegern beträchtliche administrative Ressourcen einbringt.

So sind etwa in Jakutien vor Beginn der Wahlzeit praktisch alle Sieger der parteiinternen Ausscheidungen von »Einiges Russland« mit verschiedenen Slogans auf den Werbeflächen aufgetaucht: »Jeden anhören«, »Eine saubere Stadt beginnt bei dir selbst.« usw. Darüber hinaus hat der »Dienst für Informationen, Werbung und Kontrolle« (der faktisch durch die Bürgermeisterkanzlei kontrolliert wird) formale Verstöße ausfindig gemacht und im Stadtzentrum Orte für Plakatwände beschlagnahmt – und dadurch anderen Kandidaten den Raum für ihre Wahlwerbung genommen.

Die bei den innerparteilichen Ausscheidungen Unterlegenen hatten die Chance, einen neuen politischen Partner zu finden, was sie in vielen Fällen auch taten; oder sie versuchten, sich eigenständig nominieren zu lassen. Im Grunde hat die Partei der Macht einen Wechsel der internen Opposition zu anderen Parteiprojekten selbst erleichtert.

Zum zweiten wurde vorzeitiger Wahlkampf als Konkurrenzmechanismus zwischen potentiellen Kandidaten für Schlüsselposten in der Regierung eingesetzt, um die ein persönlicher Kampf im Gange ist – während der Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen –, und bei dem die Wahlaussichten eines Kandidaten und seine Wählbarkeit ein gewichtiges Argument sein konnten.

Drittens führten eine Reihe von Parteien und Kandidaten ganz unabhängig hiervon einen vorzeitigen Wahlkampf, ob sie zur Wahl stehen werden, oder nicht. In erster Linie galt das für Oppositionsparteien und -kandidaten, die in jedem Fall einen Wahlkampf führen wollen. Sie kämpften bereits nicht mehr um einen Listenplatz oder um eine Förderung im Zentrum des Landes, sondern zuallererst und eigentlich um Wählerstimmen.

Eine weitere Besonderheit dieser Wahlen besteht in dem verstärkten Einsatz neuer Wahlkampfinstrumente, die auf einer Nutzung des Internet und der sozialen Netzwerke beruhen. Das betrifft sowohl den Einsatz elektronischer

Bezahlssysteme bei der Einwerbung von Spenden für einen Kandidaten, als auch die Wahlkampfkampagnen selbst, bei denen die informationelle und organisatorische Rolle der elektronischen Kommunikationsmittel zunimmt, und wo die Kampagnen dann über Meinungsführer in der Gesellschaft an weniger informierte Bevölkerungsteile weitervermittelt werden. Dieser Prozess wird nicht nur in den Megastädten immer deutlicher spürbar, sondern auch in vielen anderen wichtigen Städten (Irkutsk, Jekaterinburg, Wolgograd usw.); seine Bedeutung für Wahlen wird weiter zunehmen.

Indirekter Wahlkampf

Eine weiterhin stabile Basistechnologie vor allem seitens der Kandidaten, die die derzeit Regierenden repräsentieren, ist der indirekte Wahlkampf unter dem Anschein einer Berichterstattung über die berufliche Tätigkeit der Kandidaten.

Hierzu gehören auch Informationen (faktisch Wahlewerbung) über Initiativen und Projekte, die im Zusammenhang mit der Partei der Macht stehen, sowie Versuche, jedwede Tätigkeit der Staatsorgane, der kommunalen Dienste und sogar der Wirtschaft als Verdienste von »Einiges Russland« darzustellen. Dabei veranstalten Vertreter der Bürokratie – vorgeblich als Teil ihrer beruflichen Tätigkeit – verstärkt Treffen mit Wählern, unter anderem in staatlichen Unternehmen und Bildungseinrichtungen, während ihre Opponenten eine solche Möglichkeit nicht haben.

Oft wird der massive indirekte Wahlkampf von einer Minimierung des formellen Wahlkampfes und immer häufigeren Fällen begleitet, dass Medien sich weigern, Kandidaten und Parteien entgeltliche oder unentgeltliche Sendezeit oder Anzeigespalten zur Verfügung zu stellen.

Das Ergebnis war, dass in den populärsten und verbreitungsstärksten Medien formal keine der Parteien und Kandidaten Anzeigespalten oder Sendezeit erhalten, während in den gleichen Medien ein massiver indirekter Wahlkampf für Kandidaten und Parteien erfolgt, die von der Regierung unterstützt werden (ein drastisches Beispiel ist die formale Wahlkampfenthaltung des Fernsehsenders TVZ, während die Debatten der Bürgermeisterkandidaten auf Sendern stattfanden, die sehr viel weniger Zuschauer erreichen, nämlich den Sendern »Moskwa 24« und »Dowerije«).

Faktische Wahlwerbung wird auch durch ständige Berichte über die laufende Tätigkeit von Vertretern der Exekutive betrieben, die ständig in durch die Medien veröffentlichten Berichten bei Besuchen städtischer Betriebe auftauchen. In Wirklichkeit wird über diese Treffen mit den Bürgern der Stadt regelmäßig Wahlkampf gemacht.

Neben der Dominanz in den Medien werden Treffen mit Ärzten, Pädagogen, Polizisten, Veteranen, Bibliothekaren usw. veranstaltet. Wer an diesen Veranstaltungen teilnimmt, stellt meist fest, dass die Treffen deutlich Wahlkampfcharakter haben.

Verstärkt wurden in diesem Wahlkampf »Spoiler«-Technologien eingesetzt, wo bei den Wahlen Parteien mit zum Verwechseln ähnlichen Namen antreten und Kandidaten mit gleichem Nachnamen aufgestellt werden, um die Wählerstimmen zu streuen.

Es ist festzustellen, dass es im Vergleich zu früheren Jahren bei diesen Wahlen sehr viel weniger zu heftigen öffentlichen Skandalen gekommen ist, die im Zusammenhang mit direktem Druck auf Kandidaten, Wähler oder Medien standen.

Dennoch wurden in einer Reihe von Regionen Zwischenfälle festgestellt, bei denen die Wahlkampftätigkeit von Parteien und Kandidaten behindert wurde:

- So ist in der Nacht vom 19. auf den 20. August in Wologda die Polizei überraschend im Wahlkampfstab des Bürgermeisterkandidaten Alexandr Lukitschew (»Bürgerplattform«) aufgetaucht und hat die gesamte Auflage des Wahlkampfnewsletters konfisziert. Im Gebiet Uljanowsk haben sich dreizehn Werbeagenturen geweigert, Wahlwerbung der KPRF zu platzieren.
- »Im Gebiet Jaroslawl sind viele Fälle festgestellt worden, in denen Werbebanner einzelner Kandidaten und Vereinigungen beschädigt wurden. Zuerst wurden in der Stadt Banner von »Gerechtes Russland« beschädigt. Dann geschah das gleiche mit der Werbung des Kandidaten der »Bürgerplattform«. Der Kandidat der »Bürgerplattform« Oleg Winogradow hat zudem mitgeteilt, dass seine Werbetafeln »abgesägt« werden«, schreiben Experten. Von einem »Absägen« von Werbetafeln und einem Abreißen von Plakaten wird auch in der Partei »Patrioten Russlands« berichtet. Von einer verweigerten Platzierung von Werbung auf Werbetafeln berichtet der mittlerweile aus den Wahlen ausgeschiedene Pawel Fadejtschew, Mitglied von »Einiges Russland« und eigenständig nominiertes Kandidat.
- Der Wahlkampfstab des Gouverneurskandidaten im Moskauer Gebiet Gennadij Gudkow hat Anfang Juli mitgeteilt, dass die Gebietswahlkommission die Verteilung von Wahlwerbung im Zeitungsformat wegen einer Karikatur untersagt hat, weil in dieser angeblich der Finanzminister Moskauer Gebiets auszumachen war.

Eine wichtige Rolle bei den Wahlen spielt die Technologie, dass die Aufmerksamkeit dadurch vom negativen Erscheinungsbild einer Partei (in erster Linie der »Partei der Macht«) abgelenkt wird, dass im Laufe der Wahlen politische Platzhalter eingesetzt werden, in deren Namen für die Partei der Macht Wahlkampf betrieben wird (angefangen von kurzlebigen gesellschaftlichen Bewegungen bis hin zu Kampagnen von verschiedenen Initiativen).

So setzen die meisten Kandidaten der Parteien eigene anstelle der Parteilogos ein und vermeiden den Einsatz von Parteisymbolen. Das gilt für einen beträchtlichen Teil der Wahlkämpfe von »Einiges Russland«, unter anderem bei fast allen Gouverneurswahlen; es gilt aber auch für den Wahlkampf von Alexej Nawalnyj, bei dem die Partei »RPR-PARNAS«, die ihn nominiert hat, praktisch nicht erwähnt wird.

Dieser Umstand illustriert in beträchtlichem Maße den künstlichen Charakter des Parteiensystems, das im Lande geschaffen wurde, und auch, dass die Präferenzen bei der Registrierung von Kandidaten politischer Parteien unbegründet sind. In Wirklichkeit ist der politische Wettbewerb bei den Regional- und Kommunalwahlen – besonders bei den Wahlen für ein Amt und im Wahlkreis – in erster Linie ein persönlicher.

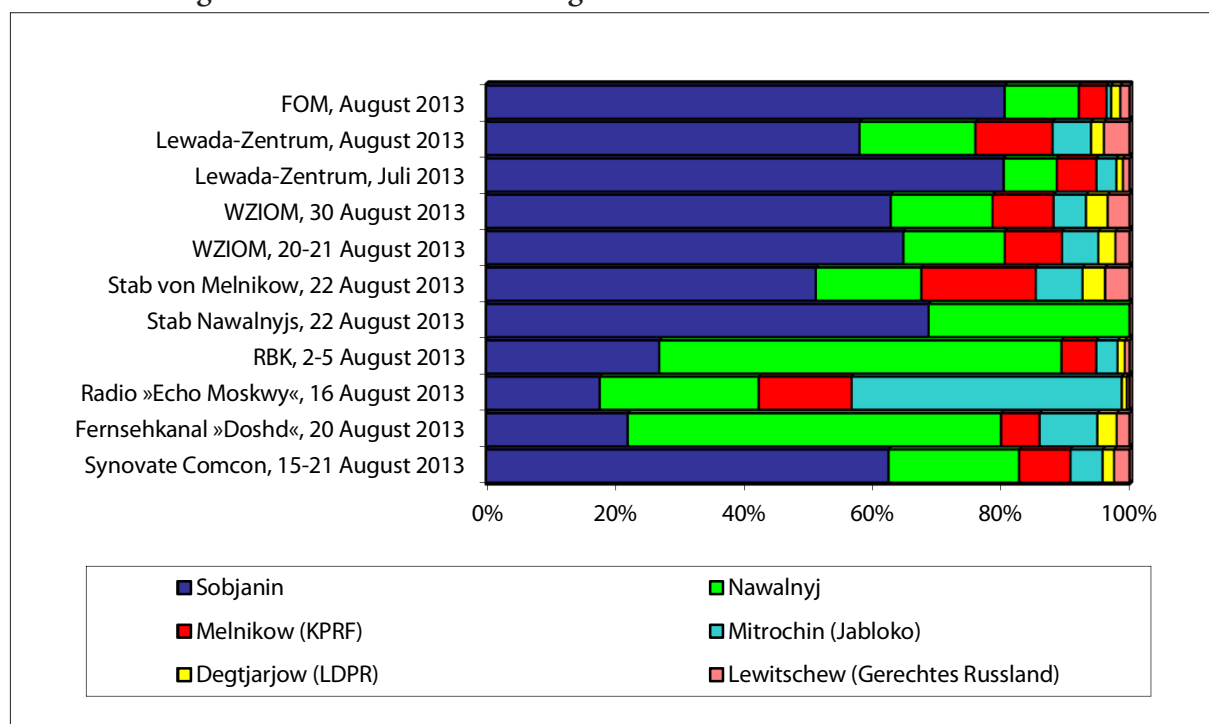
Zur Vorbereitung dieses Berichts wurden folgende Quellen verwendet: Autorenbeiträge und Publikationen von A. Kynev sowie Berichte des Komitees der Bürgerinitiativen (<http://komitetgi.ru/analytics/>) Redaktion: L. Shibanova (Vorsitzende von GOLOS)

Übersetzung: Hartmut Schröder

UMFRAGE

Prognosen vor den Wahlen in Moskau und im Moskauer Gebiet

Grafik 1: Prognosen für die Moskauer Bürgermeisterwahlen



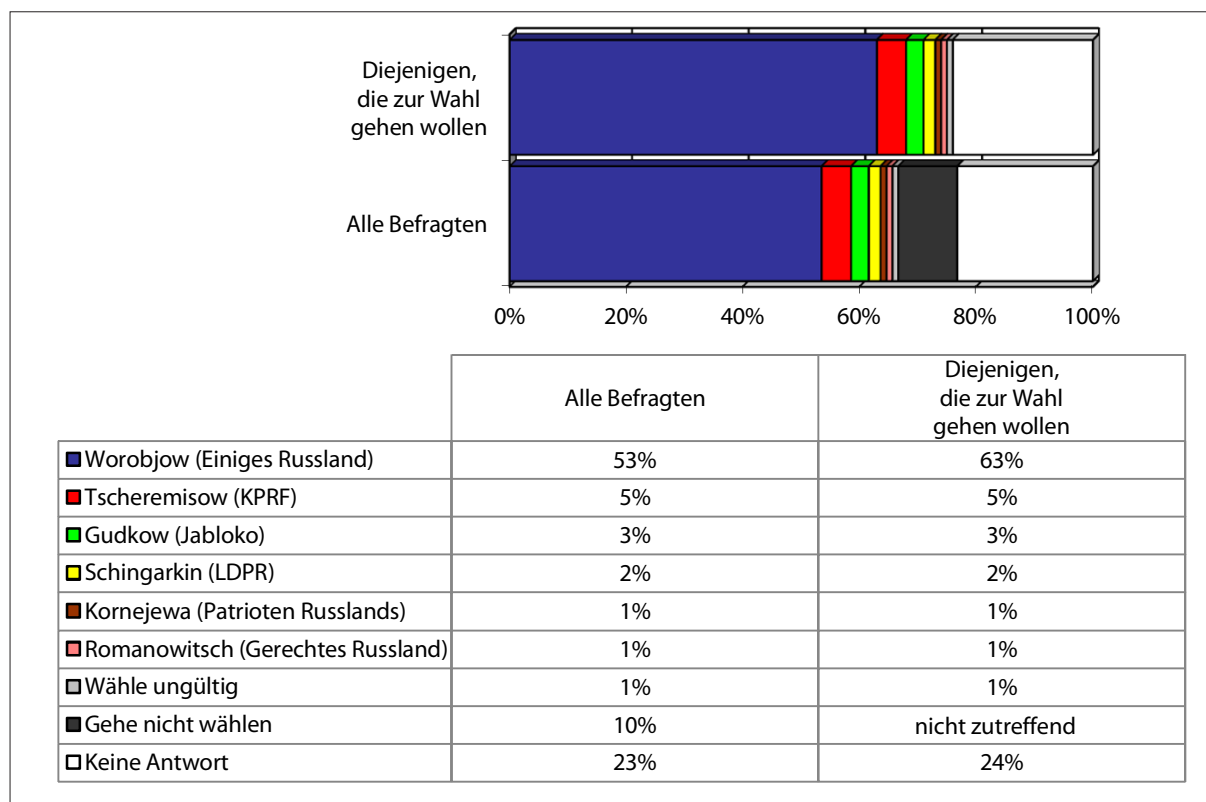
Zusammengestellt von Polit.Ru <http://www.polit.ru/article/2013/09/03/rating/>

Tabelle 1: Prognosen für die Moskauer Bürgermeisterwahlen

	Sobjanin	Nawalnyj	Melnikow (KPRF)	Mitrochin (Jabloko)	Degtjarjow (LDPR)	Lewitschew (Gerechtes Russland)	Fehlermarge
Synovate Comcon, 15–21 August 2013	62,5 %	20,3 %	8,0 %	5,0 %	1,8 %	2,4 %	±2,5
Fernsehkanał »Doshd«, 20 August 2013	22,0 %	58,0 %	6,0 %	9,0 %	3,0 %	2,0 %	—
Radio »Echo Moskwy«, 16 August 2013	15,9 %	22,2 %	13,0 %	37,8 %	0,7 %	0,4 %	—
RBK, 2–5 August 2013	14,5 %	33,7 %	2,9 %	1,8 %	0,6 %	0,4 %	—
Stab Nawalnyjs, 22 August 2013	53,9 %	24,5 %	—	—	—	—	??
Stab von Melnikow, 22 August 2013	51,2 %	16,4 %	17,8 %	7,3 %	3,5 %	3,8 %	±2,5
WZIOM, 20–21 August 2013	64,1 %	15,6 %	8,8 %	5,6 %	2,6 %	2,2 %	±3,9
WZIOM, 30 August 2013	62,2 %	15,7 %	9,4 %	5,0 %	3,3 %	3,4 %	±3,9
Lewada-Zentrum, Juli 2013	78,0 %	8,0 %	6,0 %	3,0 %	1,0 %	1,0 %	±4,8
Lewada-Zentrum, August 2013	58,0 %	18,0 %	12,0 %	6,0 %	2,0 %	4,0 %	±4,8
FOM, August 2013	56,0 %	8,0 %	3,0 %	0,5 %	1,0 %	1,0 %	±3,68

Zusammengestellt von Polit.Ru <http://www.polit.ru/article/2013/09/03/rating/>

Grafik 2: Wenn am nächsten Sonntag der Gouverneur des Moskauer Gebiets gewählt würde, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?



Quelle: Angaben des WZIOM vom 28.8.2013, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114423>

Ergebnisse der Wahlen zu Gouverneuren bzw. Verwaltungsoberhäuptern in acht Regionen

Tabelle 2: Wahl des Gouverneurs des Gebiets Chabarowsk

Stimmberechtigte	1.033.648	
Ungültige Stimmen	11.286	
Gültige Stimmen	338.425	
Wahlbeteiligung		33,83 %
Postnikow (KPRF)	34.020	9,73 %
Furgal (LDPR)	66.920	19,14 %
Schport (Einiges Russland, amtierender Gouverneur)	223.542	63,92 %
Jaschtschuk (Gerechtes Russland)	13.943	3,99 %

Nach: http://www.khabarovsk.vybory.izbirkom.ru/region/region/khabarovsk?action=show&root=1&tvd=2272000539600&vrn=2272000539596®ion=27&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2272000539600&type=222, 11. September 2013

Tabelle 3: Wahl des Republiksoberhauptes von Chakassien

Stimmberechtigte	389.224	
Ungültige Stimmen	5.845	
Gültige Stimmen	141.319	
Wahlbeteiligung		37,81 %
Brasauskas (Kommunisten Russlands)	8.280	5,63 %
Bykow (Patrioten Russlands)	7.033	4,78 %
Dudko (Gerechtes Russland)	5.321	3,62 %
Simin (Einiges Russland, amtierender Gouverneur)	93.324	63,41 %
Sobolew (LDPR)	14.621	9,94 %
Tschuntschel (KPRF)	12.740	8,66 %

Nach: http://www.khakas.vybory.izbirkom.ru/region/region/khakas?action=show&root=1&tvd=2192000333484&vrn=2192000333480®ion=19&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2192000333484&type=222, 11. September 2013

Tabelle 4: Wahl des Gouverneurs des Autonomen Bezirks Tschukotka

Stimmberechtigte	30.262	
Ungültige Stimmen	569	
Gültige Stimmen	18.923	
Wahlbeteiligung		64,41 %
Wasina (LDPR)	1.911	9,80 %
Kopin (Einiges Russland, amtierender Gouverneur)	15.563	79,84 %
Tschernenkij (Gerechtes Russland)	1.449	7,43 %

Nach: http://www.chukot.vybory.izbirkom.ru/region/region/chukot?action=show&root=1&tvd=2872000197291&vrn=2872000197287®ion=87&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2872000197291&type=222, 11. September 2013

Tabelle 5: Wahl des Gouverneurs von Magadan

Stimmberechtigte	106.548	
Ungültige Stimmen	741	
Gültige Stimmen	33.626	
Wahlbeteiligung		32,25 %
Iwanizkij (KPRF)	5.101	14,84 %
Petschenyj (Einiges Russland, amtierender Gouverneur)	25.127	73,11 %
Plotnikow (LDPR)	1.829	5,32 %
Schubert (Gerechtes Russland)	1.569	4,57 %

Nach: http://www.magadan.vybory.izbirkom.ru/region/region/magadan?action=show&root=1&tvd=2492000192897&vrn=2492000192893®ion=49&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2492000192897&type=222, 11. September 2013

Tabelle 6: Wahl des Gouverneurs des Moskauer Gebiets

Stimmberechtigte	5.445.328	
Ungültige Stimmen	47.710	
Gültige Stimmen	2.049.318	
Wahlbeteiligung		38,51 %
Worobjow (Einiges Russland, amtierender Gouverneur)	1.655.479	78,94 %
Gudkow (Jabloko)	92.977	4,43 %
Kornejew (Patrioten Russlands)	47.640	2,27 %
Romanowitsch (Gerechtes Russland)	38.315	1,83 %
Tscheremisow (KPRF)	161.969	7,72 %
Schingarkin (LDPR)	52.938	2,52 %

Nach: http://www.moscow_reg.vybory.izbirkom.ru/region/region/moscow_reg?action=show&root=1&tvd=75070001571771&vrn=75070001571767®ion=50&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=75070001571771&type=222, 11. September 2013

Tabelle 7: Wahl des Bürgermeisters von Moskau

Stimmberechtigte	7.250.879	
Ungültige Stimmen	35.610	
Gültige Stimmen	2.286.972	
Wahlbeteiligung		32,03 %
Degtjarjow (LDPR)	66.532	2,86 %
Lewitschew (Gerechtes Russland)	64.778	2,79 %
Melnikow (KPRF)	248.294	10,69 %
Mitrochin (Jabloko)	81.493	3,51 %
Nawalnyj (RPR-PARNAS)	632.697	27,24 %
Sobjanin (Einiges Russland, amtierender Bürgermeister)	1.193.178	51,37 %

Nach: http://www.moscow_city.vybory.izbirkom.ru/region/region/moscow_city?action=show&root=1&tvd=27720001368293&vrn=27720001368289®ion=77&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=27720001368293&type=222, 11. September 2013

Tabelle 8: Wahl des Gouverneurs des Gebiets Wladimir

Stimmberechtigte	1.189.006	
Ungültige Stimmen	9.938	
Gültige Stimmen	329.054	
Wahlbeteiligung		28,51 %
Antschugin (Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit)	6.009	1,77 %
Bobrow (KPRF)	36.063	10,64 %
Kartuchin (Bürgerposition)	8.419	2,48 %
Kolesnikow (Rechte Sache)	6.644	1,96 %
Orlowa (Einiges Russland, amtierende Gouverneurin)	253.343	74,73 %
Sipjagin (LDPR)	13.147	3,88 %
Schubnikow (Patrioten Russland)	5.429	1,60 %

Nach: http://www.vladimir.vybory.izbirkom.ru/region/region/vladimir?action=show&root=1&tvd=2332000573414&vrn=2332000573410®ion=33&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2332000573414&type=222, 11. September 2013

Tabelle 9: Wahl des Gouverneurs des Bezirks Transbajkal

Stimmberechtigte	825.082	
Ungültige Stimmen	10.231	
Gültige Stimmen	263.604	
Wahlbeteiligung		33,19 %
Balagur (Bürgerkraft)	7.574	2,77 %
Ilkowskij (Gerechtes Russland, amtierendes Verwaltungsoberhaupt)	196.156	71,63 %
Kulijewa (LDPR)	27.733	10,13 %
Merslikin (KPRF)	32.141	11,74 %

Nach: http://www.zabkraj.vybory.izbirkom.ru/region/region/zabkraj?action=show&root=1&tvd=2752000628175&vrn=2752000628171®ion=92&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2752000628175&type=222, 11. September 2013

Wahlergebnisse in ausgewählten Gebietshauptstädten

Tabelle 10: Wahl des Bürgermeisters von Jekaterinburg

Stimmberechtigte	1.074.101	
Ungültige Stimmen	9.153	
Gültige Stimmen	351.701	
Wahlbeteiligung		33,60 %
Alschewskich (KPRF)	16.454	4,56 %
Artjuch (Russische Partei der Pensionäre)	12.252	3,40 %
Bakowa (Monarchistische Partei)	4.415	1,22 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 10: Wahl des Bürgermeisters von Jekaterinburg (Fortsetzung)

Burkow Aleksander Wladimirowitsch (Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit)	6.933	1,92 %
Burkow Alexander Leonidowitsch (Gerechtes Russland)	73.085	20,25 %
Burkow Anton (Arbeitspartei Russlands)	2.804	0,78 %
Karelin (Demokratische Partei Russlands)	1.669	0,46 %
Noskow (LDPR)	3.844	1,07 %
Rojzman (Bürgerplattform)	120.194	33,31 %
Rusakow (Grüne)	1.816	0,50 %
Rjawkin (Bürgerkraft)	1.031	0,29 %
Silin (Einiges Russland)	107.204	29,71 %

Nach: http://www.sverdlovsk.vybory.izbirkom.ru/region/region/sverdlovsk?action=show&root=1&tvd=466422083980&vrn=466422083976®ion=66&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=466422083980&type=222, 11. September 2013

Tabelle 11: Wahl des Bürgermeisters von Petrosawodsk (Karelrien)

Stimmberechtigte	211.546	
Ungültige Stimmen	1.016	
Gültige Stimmen	54.437	
Wahlbeteiligung		26,21 %
Awischew (Städte Russlands)	339	0,61 %
Baranow (unabhängig)	564	1,02 %
Bolotow (Arbeitspartei Russlands)	294	0,53 %
Gawrilow (Gerechtes Russland)	1.800	3,25 %
Sasowskij (LDPR)	1.279	2,31 %
Lewin (Einiges Russland)	16.040	28,93 %
Malinkowitsch (Kommunisten Russlands)	345	0,62 %
Romanow (Heimat)	701	1,26 %
Stepanowa (Russische Partei der Pensionäre)	1.958	3,53 %
Fandjew (unabhängig)	2.873	5,18 %
Schabanow (Patrioten Russlands)	2.419	4,36 %
Schirschina (unabhängig)	23.255	41,94 %
Jablokow (KPRF)	2.570	4,63 %

Nach: http://www.karel.vybory.izbirkom.ru/region/region/karel?action=show&root=1&tvd=4104011182261&vrn=4104011182257®ion=10&global=&sub_re_gion=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=4104011182261&type=234, 11. September 2013

Ergebnisse der Wahlen der Regionalparlamente

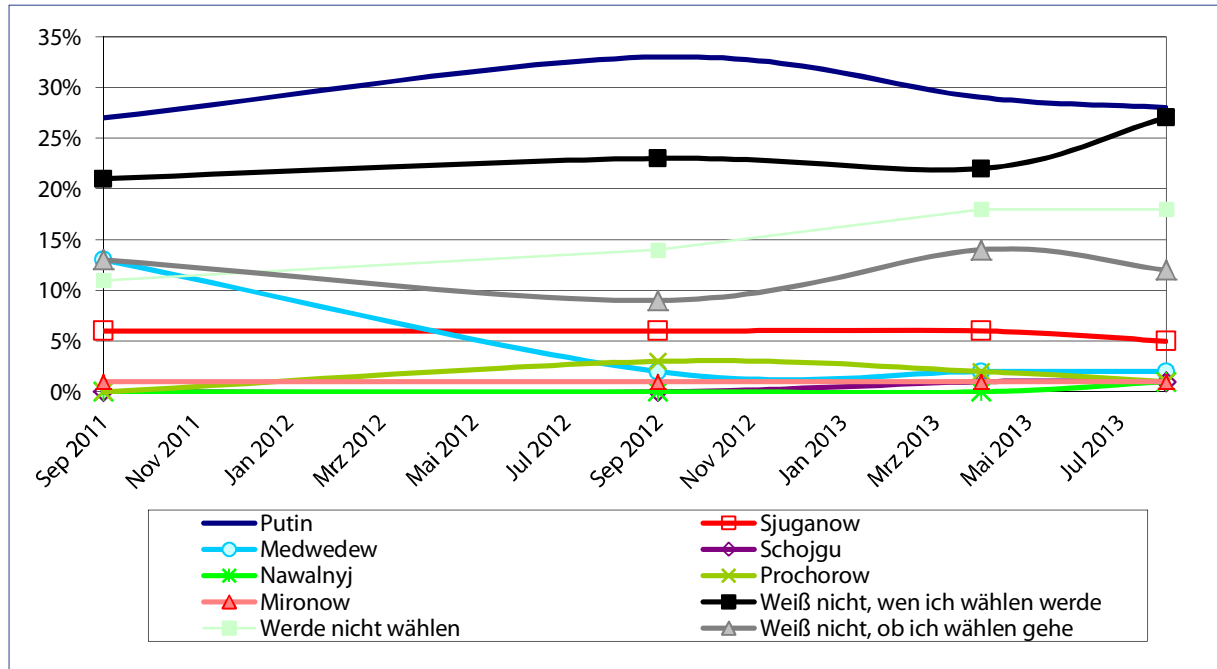
	Gebiet Irkutsk	Gebiet Iwanowo	Gebiet Jaroslawl	Gebiet Kemerowo	Gebiet Rostow	Gebiet Smolensk	Gebiet Uljanowsk	Gebiet Wladimir
Wahlbeteiligung	25,27%	31,19%	31,28%	75,56%	41,99%	29,09%	35,37%	28,51%
Stimmenverteilung								
Einiges Russland	42,36%	55,77%	42,25%	86,21%	62,45%	41,17%	57,62%	44,33%
Sozialdemokratische Partei Russlands			0,15%	0,08%		0,14%		
Agrarpartei Russlands								
Volkspartei Russlands				0,06%		0,28%		
Heimat (Rodina)	0,97%	1,01%	1,71%	0,23%	0,46%	1,77%	1,94%	1,24%
Partei für Gerechtigkeit	0,48%	0,92%	1,71%		1,04%	0,63%		0,48%
Gerechtes Russland	4,07%	4,39%	9,67%	1,86%	7,97%	7,58%	3,03%	6,96%
Patrioten Russlands	0,99%	0,45%	3,27%	1,16%	0,58%	1,57%	0,81%	1,01%
Jabloko	0,99%	1,28%	2,16%	0,49%		0,83%	2,96%	1,75%
Heimatland				0,06%		0,16%		
Partei der Pensionäre Russlands			2,24%	0,57%		6,07%		
Kommunisten Russlands	1,64%	2,19%	3,91%	0,47%	1,45%	1,06%	2,37%	0,74%
KPRF	18,87%	14,57%	11,07%	2,58%	14,71%	15,02%	14,08%	13,54%
Demokratische Partei Russlands	0,18%	0,08%	0,27%	0,07%	0,15%	0,13%		0,75%
LDPR	11,28%	6,99%	5,12%	3,93%	4,73%	13,49%	7,24%	9,92%
Bürgerposition	0,71%	0,28%	0,61%	0,07%		0,20%	0,32%	1,17%
Russische Ökologische Partei »Die Grünen«		0,60%	2,66%	0,27%	0,66%	0,76%	0,90%	1,34%
Republik Baschkortostan	52,79%	45,16%	37,82%	48,20%	45,42%	92,03%	33,18%	
Republik Burjatien	43,34%	0,14%	46,32%	51,34%	47,41%	85,94%	43,09%	
Republik Chakassien						0,04%	0,19%	
Republik Kalmykien							0,84%	
Republik Sacha (Jakutien)						0,16%		
Republik Tschetschenische Republik						0,39%		
Transbajkalbezirk						6,18%		
						0,75%		
						10,46%		
						1,33%		
						1,53%		
						0,17%		
						2,17%		
						1,63%		
						12,88%		
						0,14%		
						12,30%		
						0,22%		
						1,11%		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

UMFRAGE

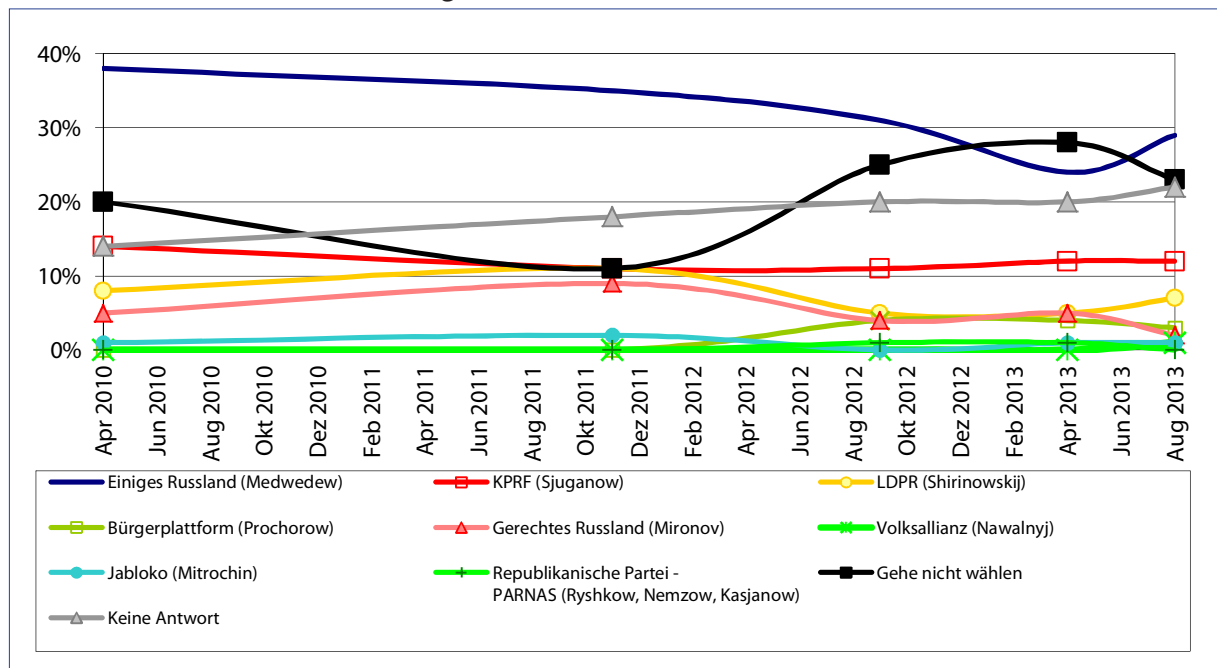
Die Sonntagsfrage

Grafik 3: Wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, für wen würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, <http://www.levada.ru/05-09-2013/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>

Grafik 4: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, <http://www.levada.ru/05-09-2013/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>

Tabelle 12: Wenn nächsten Sonntag Präsidentenwahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?

	September 2011	September 2012	April 2013	August 2013
Putin	27%	33%	29%	28%
Sjuganow	6%	6%	6%	5%
Shirnowskij	5%	3%	3%	3%
Medwedew	13%	2%	2%	2%
Schojgu	0%	0%	1%	1%
Nawalnyj	-	-	-	1%
Prochorow	0%	3%	2%	1%
Mironow	1%	1%	1%	1%
Einen anderen	1%	1%	2%	1%
Weiß nicht, wen ich wählen werde	21%	23%	22%	27%
Werde nicht wählen	11%	14%	18%	18%
Weiß nicht, ob ich wählen gehe	13%	9%	14%	12%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, <http://www.levada.ru/05-09-2013/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>

Tabelle 13: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, für welche Partei würden sie stimmen?

	April 2010	November 2011	September 2012	April 2013	August 2013
Einiges Russland (Medwedew)	38%	35%	31%	24%	29%
KPRF (Sjuganow)	14%	11%	11%	12%	12%
LDPR (Shirinowskij)	8%	11%	5%	5%	7%
Bürgerplattform (Prochorow)	-	-	4%	4%	3%
Gerechtes Russland (Mironov)	5%	9%	4%	5%	2%
Volksallianz (Nawalnyj)	-	-	-	-	1%
Jabloko (Mitrochin)	1%	2%	0%	1%	1%
Allianz Grüne-Volkspartei (Mitwol)	-	-	-	1%	1%
Republikanische Partei – PARNAS (Ryshkow, Nemzow, Kasjanow)	-	-	1%	1%	0%
Andere	0%	-	0%	1%	0%
Gehe nicht wählen	20%	11%	25%	28%	23%
Keine Antwort	14%	18%	20%	20%	22%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. August 2013, <http://www.levada.ru/05-09-2013/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>

Die Regionalwahlen in der russischen Presse

Nicht zur Wahl gegangen

Die Zentrale Wahlkommission verkündete gestern die vorläufigen Endergebnisse vom Allgemeinen Wahltag am Sonntag. Als einzige Überraschung lässt sich allenfalls der Wahlsieg von Jewgenij Rojsman, des Kandidaten der »Bürgerplattform« bei den Bürgermeisterwahlen in Jekaterinburg, betrachten. Praktisch alle Wahlen verliefen am 8. September ruhig und ohne ernstliche Unregelmäßigkeiten. [...] Die Wahlbeteiligung lag im Landesdurchschnitt bei rund 30%, was wohl der niedrigste Wert der vergangenen Jahre ist. [...] »Einiges Russland« hat, mit einer Ausnahme, sämtliche Wahlen in den Regionen fernab von Moskau gewonnen. [...] Die vergangenen Wahlen sind dahingehend interessant, als sich die Aufmerksamkeit weniger auf die Verstöße konzentrierte, wie es zuvor die Regel war, sondern auf die im Vergleich zu den Vorjahren rekordhaft niedrige Wahlbeteiligung im gesamten Land.

Witalij Petrow, in: Rossijskaja Gaseta, 10. September 2013, <http://rg.ru/2013/09/10/cik.html>

Die Opposition übernimmt einen Teil der Rayons und Städte – »Einiges Russland« gewinnt fast überall

Unabhängig des fast flächendeckenden Siegs von »Einiges Russland« und seiner Kandidaten bei den Regionalwahlen, konnten in einer Reihe von Städten und Rayons Oppositionsparteien die Führung übernehmen. So haben neben dem Wahlsieg von Jewgenij Rojsman (»Bürgerplattform«) in Jekaterinburg und der unabhängigen Kandidatin Galina Schirschina in Petrosawodsk auch der Kommunist Viktor Pawlow in Sarajsk im Gebiet Moskau ihre Konkurrenten von »Einiges Russland« hinter sich gelassen. Experten stellen fest, dass »die Nachfrage nach Veränderungen groß ist«, es bisher jedoch »gelingt, diese durch eine große Zahl an »Spoiler«-Parteien zu zersplittern«.

Natalja Kortschenkowa, in: Kommersant, 9. September 2013, <http://kommersant.ru/doc/2275246>

Die Große Septemberrevolution

Die neue Phase in der Entwicklung des politischen Systems, von der im Kreml so viel gesprochen wurde, ist tatsächlich eingetreten. Im Kreml wird derweil davon ausgegangen, dass die planmäßige Evolution vollkommen unter Kontrolle ist. Evolutionen haben jedoch ihre eigenen Gesetze.

Der erste Allgemein Wahltag (am 8. September fanden in 81 Föderationssubjekten Wahlen auf verschiedenen Ebenen statt) hat wichtige Veränderungen der politischen Lage aufgezeigt. Am Vorabend der Wahlen versprach Wjatscheslaw Wolodin, Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und federführend für die Innenpolitik, dass die Wahlen kompetitiv, offen, legitim und gesetzeskonform sein würden. Teilweise war dies der Fall – in einigen Regionen. Wolodin hat kein Versprechen abgegeben, aber die gesetzlichen und ungeschriebenen Einschränkungen der »neuen Freiheit« bei Wahlen sind bestehen geblieben und gegebenenfalls angewendet worden. Es stellten sich aber auch Veränderungen ein, die der Kreml nicht erwartet hatte.

Es zeigte sich, dass die Abkehr von groben Wahlfälschungen die Unterstützung der Staatsmacht deutlich reduziert. Die Bevölkerung wählt nicht mehr stillschweigend den Vorgesetzten – die Opposition profitiert von der niedrigen Wahlbeteiligung. Bei einem klugen und aktiven Wahlkampf kann diese an den Rändern der Wählerschaft der Systemparteien Stimmen abgreifen. Es hat sich gezeigt, dass die Kontrolle über das Fernsehen keinen Sieg garantiert: das Internet als Informationsquelle für Wähler ist wettbewerbsfähig geworden. Es hat sich auch gezeigt, dass die Opposition ihr Ghetto verlassen hat: aus dem Internet-Ghetto, wie Nawalnyj, der eine effektive Offline-Kampagne führte, oder aus der Subkultur, wie Rojsman (der in Jekaterinburg zum Bürgermeister gewählt wurde). [...] Der versprochene freie Wettbewerb wird jedoch nur auf kommunaler Ebene zugelassen; Oberhaupt einer Region kann nur ein vom Kreml zugelassener Kandidat werden. Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten kann »Einiges Russland« nicht verlieren. [...] Die Staatsmacht hat offensichtlich ein solches Mobilisierungsniveau der Protestwählerschaft nicht erwartet – was die Möglichkeiten einer Isolierung selbst siegloser Kandidaten (wie im Fall Nawalnyj) erschwert und für die Zukunft die Gefahr von Protesten mit sich bringt.

Wedomosti, 10. September 2013, <http://www.vedomosti.ru/opinion/news/16165311/sentyabrskaya-evolyuciya>

»Keine Wahlen, sondern eine Neuverteilung der Sessel«

Unabhängig von der großen Anzahl an Parteilabels, die am Sonntag zur Wahl standen, werden viele regionale Gesetzgebende Versammlungen nur aus drei oder sogar zwei Fraktionen bestehen. Die größten Verluste musste »Gerechtes Russland« hinnehmen, die »Bürgerplattform« wiederum konnte nur in zwei Regionen die Sperrklausel überwinden. Dies ist auf den Einsatz der »Spoiler«-Technologien zurückzuführen, die die Parteienreform sinnlos gemacht haben.

Andrej Perzew, in: Gazeta.ru, 9. September 2013, http://www.gazeta.ru/politics/2013/09/09_a_5645233.shtml

Die selektive Rückkehr des Wettbewerbs – ein Schritt in Richtung ehrlicher Wahlen

Die Wahlen in den Regionen haben gezeigt, dass in Russland kein allgemeines rechtliches Feld besteht, das den Bürgern auf den unterschiedlichen Ebenen und Zweigen der Staatsmacht eine politische Repräsentierung garantieren würde. In den meisten Regionen hat die Bürokratie versucht, sich dadurch abzusichern, dass sie die TV-Dominanz eines bestimmten Kandidaten gewährleistete und die traditionelle Wählerschaft für sich gewann (man könnte auch sagen: kaufte). Vor dem Hintergrund eines fortgesetzten Einsatzes manipulativer Technologien in einigen Provinzen muteten mehr oder weniger ehrliche Wahlen wie ein Triumph der Demokratie an. Die Regierungen in den fortschrittlicheren Regionen klagen über den übermäßigen Appetit ihrer Konkurrenten. Die Konkurrenten wiederum fordern reale Gleichheit und Gleichberechtigung.

So kämpfen mehrere politisch-bürokratischen Strömungen im Land, jede davon mit einer eigenen Vorstellung von Konkurrenz und deren zulässigen Grenzen. Bei fehlenden allgemeinen Regeln werden diese manuell zwischen lokalen Elite oder Clans und dem Kreml ausgehandelt. Eine nur selektive Einführung des Wettbewerbs stellt die Teilnehmer am politischen Markt immer weniger zufrieden.

Wedomosti, 9. September 2013, <http://www.vedomosti.ru/opinion/news/16113811/izbiratelnye-vybory>

Zusammenstellung und Übersetzung: Christoph Laug, Konstanz

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Russische Blogger zu den Regionalwahlen

Drei Szenarien des Wahlausgangs aus dem Stab von Nawalnyj

»Eine Stichwahl ist unvermeidlich aber wohl unmöglich, denn Stichwahl würde Zusammenbruch des ganzen politischen Systems bedeuten«, konstatiert Leonid Wolkow, Abgeordneter des Stadtrats Jekaterinburg und Leiter des Wahlstabs von Alexej Nawalnyj. Wolkow präsentiert vier Tage vor der Bürgermeisterwahl in Moskau drei Szenarien des Wahlausgangs und macht anhand von eigenen Umfragen eine Wahlprognose: künftiger Bürgermeister ist Sergej Sobjanin, er bekommt 44–47 %, der Oppositionelle Alexej Nawalnyj 26–29 %, der Kandidat der Kommunistischen Partei Iwan Melnikow 10–12 %.

»Politische Prognose« von Leonid Wolkow, 4. September 2013, <http://leonwolf.livejournal.com/517394.html>

Bürgermeister Sobjanin soll »geguttenbergt« haben

Der Journalist Sergej Parchomenko analysierte anhand eines Berichts der Vereinigung »Dissernet«, die sich mit Plagiaten in wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt, mit der Dissertation von Sergej Sobjanin »Föderationssubjekte in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands« und stellte fest, dass es sich an mehreren Fundstellen um identische Sätze aus fremden Dissertationen und Monographien handelt. Außerdem besteht Parchomenko darauf, die Dissertation sei nicht eigenständig vom Autor verfasst, sondern gekauft worden.

»Sergej Sobjanin. Nichts persönliches, alles fremd« von Sergej Parchomenko, 5. September 2013, <http://cook.livejournal.com/230335.html>

Militärischer Nachrichtendienst hat gewählt

Anton Nosik, IT-Experte und populärer Blogger, erzählt in seinem Blog über die Stimmabgabe von 1.500 »streng geheimen« Wählern im Wahllokal Nr. 469 in Moskau. All diese Personen sind Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes GRU und hatten aufgrund ihrer hohen Sicherheitseinstufung fiktive Namen, Anmeldung und Anschrift. Dazu wurden zehn Mitarbeiter von vier verschiedenen Geheimdiensten als »Wahlbeobachter« eingesetzt.

»GRU und Wahlen: Ein Fall aus der Praxis« von Anton Nosik, 9. September 2013, <http://dolboeb.livejournal.com/2564405.html>

Boris Nemzow wurde Abgeordneter in Jaroslavl

Die Oppositionspartei »RPR-PARNAS« hat bei den Wahlen zur Gebietsduma in Jaroslavl die Fünf-Prozent-Hürde überwunden. Das einzige Mandat bekam der Ko-Parteivorsitzende, ehemalige Ministerpräsident und Putin-Kritiker

Boris Nemzow. In seinem Blog berichtet er vom Verlauf der Wahlkampagne, administrativen Ressourcen, schwarzen Wahltechnologien und Wahlbetrug. Die Region hat erst vor zwei Monaten für Schlagzeilen gesorgt, als der Jaroslawler Bürgermeister und Gegner der Putin-Partei »Einiges Russland« Jewgenij Uralaschow wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet wurde.

»*Sie haben sich sehr bemüht, uns nicht reinzulassen – das hat nicht geklappt*« von Boris Nemzow, 9. September 2013, http://www.echo.msk.ru/blog/nemtsov_boris/1153684-echo/

»Rojzman kann es, Nawalny kann es nicht«

Kremltreue Bloggerin und ehemalige Pressesprecherin der Jugendorganisation »Naschi« (Die Unseren) äußert scharfe Kritik gegenüber Nawalny für seine Unfähigkeit, selbst bei fairen Wahlen die Niederlage anzuerkennen, und wirft ihm vor, die Verantwortung für Provokationen bei der Massenkundgebung am Bolotnaja-Platz zu tragen.

»*Lüge über faire Wahlen*« von Kristina Potupschik, 9. September 2013, <http://krispotupchik.livejournal.com/535058.html>

*Zusammengestellt von Sergej Medvedev
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Nawalnyjs Wahl – Geburt eines Oppositionsführers?

Jens Siegert, Moskau

Diese Moskauer Bürgermeisterwahlen waren anders. Anders als bei den allermeisten Wahlen in Russland seit mindestens zehn Jahren gab es echte Konkurrenz. Politischer Wettbewerb ist, zumindest ein bisschen, nach Russland zurückgekehrt. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite waren auch diese Wahlen wie viele andere zuvor. Im Großen und Ganzen wurde der gesamte Prozess vom Kreml kontrolliert: Von der Zulassung der Kandidaten, über den Zugang zu den Medien, vor allem natürlich immer noch dem Fernsehen, bis hin zum Wahltag selbst. Und doch, trotz dieser grundsätzlichen Kontrolle haben die Wahlen eine eigene, sicher so nicht geplante Dynamik bekommen, die Alexej Nawalnyj, zumindest auf absehbare Zeit, zum ersten Herausforderer von Wladimir Putin gemacht hat (oder er sich selbst).

Dieser etwas seltsame Widerspruch zwischen »immer noch alles kontrollieren können« und »nicht mehr alles unter Kontrolle haben« ist vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Wahlen. Er führt uns vor Augen, wie sehr sich das Land seit den Protesten und durch die Proteste im Winter 2011/2012 verändert hat. Und dass nichts vorbei ist, sondern alles erst anfängt. Um das zu verstehen, muss hier noch einmal kurz darauf eingegangen werden, wie das geschah.

Ich habe schon oft in diesem Blog erwähnt, dass Legitimität, also die Anerkennung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung, dass die Machthabenden

ihre Macht zu Recht haben, das bequemste Mittel ist, an eben dieser Macht zu bleiben. Zumal in modernen, also komplizierten Gesellschaften. Ein Ergebnis der Proteste vom Vorjahr ist, dass der Kreml auf vielen Ebenen danach strebt, diese durch eben jene Proteste angeschlagene Legitimität zu festigen. Das gilt auch für den Moskauer Bürgermeister Sobjanin, einen eher grauen, wenn auch effektiven Bürokraten, der vor drei Jahren vom damaligen Präsidenten Medwedjew ernannt worden war. Schon seit längerem wurde allgemein angenommen, dass er irgendwann versuchen würde, seine Legitimität durch Wahlen zu stärken. Überrascht waren viele nur davon, dass es schon in diesem Mai geschah.

Doch beim näheren Hinsehen gab es dafür gute Gründe. Umfragen zeigten, dass die Zustimmung der Moskauer zu Sobjanin im Frühjahr auf immerhin über 60 Prozent gestiegen war. Außerdem war keiner der möglichen Gegenkandidaten auf frühe Wahlen vorbereitet. Während Sobjanins Wahlkampagne also schon stand, mussten sich mögliche Gegner erst orientieren. Das galt besonders für Michail Prochorow, den laut Umfragen (Zustimmung: über 20 Prozent) aussichtsreichsten von ihnen. Für Alexej Nawalnyj, Antikorruptionsblogger und seit dem Protestwinter einer der wichtigsten öffentlichen Oppositionellen, wollten im Mai nur 3 Prozent der Wähler stimmen.

Schnell stellte sich heraus, dass Michail Prochorow nicht würde kandidieren können. Der Milliardär

besitzt Unternehmen und anderes Vermögen im Ausland, was ein unlängst vom Kreml initiiertes Gesetz verbietet. Selbst wenn er gewollt hätte, wäre das nicht schnell genug zu veräußern gewesen. Um durch Wahlen Legitimität zu erhalten, müssen sie aber zumindest ein wenig echt wirken, muss es also ein Mindestmaß an glaubhafter Konkurrenz geben. Das war nach Prochorows Rückzieher nicht mehr der Fall. Sobjanin sorgte wohl deshalb dafür, dass Alexej Nawalnyj überhaupt kandidieren konnte. Jeder Kandidat brauchte mehr als 110 Unterschriften von Moskauer Kommunalabgeordneten, die seine Kandidatur unterstützen; das wurde vom Kreml vorsichtshalber als Kontrollfilter installiert, als die Gouverneurswahlen (in Moskau: Bürgermeisterwahlen) als Folge der Proteste wieder zugelassen wurden. Da nur wenige Kommunalabgeordnete nicht vom Bürgermeisteramt kontrolliert werden, hätte Nawalnyj ohne Sobjanins Intervention keine Chance gehabt auf den Stimmzettel zu kommen.

Offenbar war man sich im Putinlager aber nicht so recht einig, ob derart echte Konkurrenz sinnvoll sei oder vielleicht doch aus dem Ruder laufen könne. Vielleicht war es aber auch nur die übliche Zwei-, Drei- oder Vierspännigkeit, mit der die Kremlpolitik zu hantieren pflegt; dann hätte man sich jetzt also in den eigenen Intrigenspielen verheddert. Jedenfalls wurde parallel zum Kandidaten Nawalnyj auch noch der Häftling Nawalnyj vorbereitet. Die »Häftlingsfraktion« schien Ende Juli die Oberhand zu gewinnen, Nawalnyj wurde in Kirow in einem äußerst zweifelhaften Prozess zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt und im Gerichtssaal verhaftet. Aus dem Lager lässt sich nun aber schlecht und wenig überzeugend Wahlkampf machen.

Was auch immer der Grund für die Verurteilung war, jedenfalls reagierte die »Kandidatenfraktion« schnell und schon zwei Stunden nach dem Urteil beantragte derselbe Staatsanwalt, der eben noch sechs Jahre gefordert und fünf bekommen hatte, Nawalnyj gegen jede Üblichkeit und Sitte der russischen Justiz, bis zur Berufungsverhandlung auf freien Fuß zu setzen. Das geschah am Tag darauf. Der Wahlkampf konnte beginnen. Allerdings hatte dieses öffentlich als Schwäche des Kremls wahrgenommene Hin und Her Folgen, auf die ich weiter unten zurück kommen werde.

Nawalnyj machte mit täglich drei Straßenauftritten an Moskauer Metrostationen, Crowdfunding und regelmäßiger Rechenschaft über die Verwendung der Spenden einen bisher ungesehenen und unerhörten Wahlkampf. Dabei konnte er, wie Umfragen des Lewada-Zentrums feststellten, nicht nur einfach die »demokratischen« Wähler von Prochorow übernehmen. Trotz dessen Rückzug wollten zur Zeit von Prochorows Rückzug nur 3 Prozent für Nawalnyj stimmen. Doch

schon Anfang Juli waren seine Umfragewerte auf 8 Prozent gestiegen, während die von Sobjanin langsam einen sanften Sinkflug antrat. Ende August waren es 18 Prozent. Am 2. September, eine knappe Woche vor der Wahl, hatte Denis Wolkow vom Lewada-Zentrum in seinem Blog auf der Website des Radiosenders »Echo Moskaus« (<http://echo.msk.ru/blog/denisvolkov/1148494-echo/>), die durch den Wahlkampf erzeugte Dynamik sei so stark, dass sich das Ergebnis bis zum Wahltag noch weiter zugunsten Nawalnyjs verschieben könnte. Zudem kannten Nawalnyj als Folge seiner »Handlungsfähigkeit, Selbstständigkeit, seines Mutes, seiner Klugheit und seines Charismas«, wie der sonst meist eher nüchterne Kirill Rogow schon am Freitag vor der Wahl in der Nowaja Gaseta schrieb (http://www.nowyagazeta.ru/columns/59864.html?fb_action_ids=634037826616569&fb_action_types=og.recommends&fb_source=other_multiline&action_object_map=%7B%22634037826616569%22%3A639836382706694%7D&action_type_map=%7B%22634037826616569%22%3A%22og.recommends%22%7D&action_ref_map=%5B%5D), inzwischen 81 Prozent der Moskauer, gegenüber knapp 30 am Beginn des Wahlkampfes. Und das alles buchstäblich auf der Straße, ohne das Fernsehen, ohne Unterstützung des »großen Geldes« und unter der ständigen Drohung, dass der Kreml die rote Karte zeigt.

Das Ergebnis ist bekannt. Nawalnyj bekam offiziell gut 27 Prozent gegenüber gut 51 für Sobjanin. Zwar waren die Wahlen (auch nach Einschätzung der Wahlbeobachter von Golos) die saubersten in Russland seit über 10 Jahren, trotzdem gab es eine ganze Reihe von Unregelmäßigkeiten. Und wie das mit einem ruinierten Ruf so ist, stellen viele, darunter Nawalnyj, infrage, dass Sobjanin bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hat, wie die Moskauer Wahlkommission in unüblicher Eile schon am Dienstag in ihrem amtlichen Endergebnis feststellte, und fordern eine Stichwahl zwischen dem Bürgermeister und seinem Herausforderer.

Ob es nun dazu kommen wird oder nicht (ich denke, eher nicht), das Ergebnis ist ein großer Triumph für Nawalnyj. Aber nicht nur für ihn. Es zeigt, wie tiefgreifend sich die russische Gesellschaft, die politische Landschaft des Landes im Zuge und im Gefolge der Proteste vom vorvorigen Winter verändert hat (an dieser Stelle sollte auch der Sieg der oppositionellen Kandidaten Jewgenij Rojzman und Galina Schirschina in den Regionalhauptstädten Jekaterinburg und Petrowsk nicht unerwähnt bleiben). Es zeigt, wie trügerisch die angebliche Rückgewinnung der Kontrolle mit Hilfe von Polizei, Gerichten und einer Vielzahl neuer, repressiver Gesetze ist. Die Menschen, die die Proteste tragen, sind nicht weg. Kaum gibt es eine angemessene Gelegenheit, wie es die Moskauer Wahlen offenbar waren, sind sie wieder da.

Dass diese Wahlen dazu wurden, daran hat der Kreml kräftig mitgeholfen. Sowohl das Szenarium »Kandidat«, als auch das Szenarium »Häftling« wären sicher leichter lenkbar gewesen, hätte man sie nicht (wohl unfreiwillig, so ist anzunehmen) vermischt. Nicht weniger wichtig waren aber auch die Wahlbeobachter. Erst sie zwangen den Kreml zu fast sauberen Wahlen. Auch hier verbirgt sich eine krasse Fehleinschätzung derjenigen, die im russischen Staat das Sagen haben. Eines der Hauptziele des sogenannten »NGO-Agentengesetzes« war das Verbot der Wahlbeobachterorganisation Golos. Golos als russische NGO, registriert im Justizministerium gibt es auch tatsächlich nicht mehr. Die Wahlbeobachtung, ihre Auswertung und mediale Verbreitung waren aber nicht weniger, sondern vielleicht sogar noch professioneller als bei den vergangenen Wahlen organisiert. Und zwar organisiert (nicht nur, aber zu nicht unerheblichen Teilen) von Golos. Nur eben diesmal ohne das juristische Plaket des russischen Staates. Eine Bürgerinitiative bleibt eben auch dann eine Bürgerinitiative wenn sie keinen juristischen Status hat. Das mag etwas mühseliger sein, in Russland auch ungewohnter, ist aber vielleicht noch effektiver, weil das, was man neudeutsch »Ownership« nennt, womöglich noch zunimmt.

Das Ergebnis der Moskauer Wahlen ist auch Resultat der Politisierung einer neuen Generation, die durch die Proteste des vorvergangenen Winters angestoßen wurden. Es ist die erste Generation, die weder die Perestroika-Euphorie (mit der Erfahrung, dass man etwas

machen und erreichen kann), noch die große Enttäuschung der 1990er Jahre (das Geschaffte zerrinnt wieder) politisch bewusst erlebt hat.

Wie geht es weiter? Natürlich bleibt dem Kreml das Szenarium »Häftling«. Aber das damit einhergehende Risiko, Nawalnyj endgültig zum Volkshelden zu machen, ist stark gewachsen. Ihn in Freiheit zu lassen ist aber ebenfalls riskant. Mit dem jetzt erworbenen politischen Kapital lässt sich, wenn er klug ist (und bisher war er das) wuchern. Hier könnte ein echter Oppositionsführer geboren werden (den es bisher nicht gibt, und dessen Geburt zu verhindern bisher eine der vornehmsten selbstgestellten Kremlaufgaben war). Blicke der Versuch, Nawalnyj »einzukaufen«, ins System zu inkorporieren.

Das würde dann Nawalnyj vor die Wahl stellen. Wenn er klug ist (was er, wie oben gesagt, bisher war), wird er das nicht machen. Im System kann solch ein »political animal« kaum lange überleben, ohne den obersten Boss herauszufordern. Ein Angebot auf Zusammenarbeit aber nicht anzunehmen, könnte bedeuten, mindestens für die kommenden fünf Jahre ins Straflager zu gehen. Menschlich könnte wohl jede und jeder verstehen, wenn Nawalnyj davor zurückschrecken würde. Bisher hat es ihn nicht abgeschreckt. Auch das dürfte zu seinem Erfolg beigetragen haben.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.



Sergej Ryschkow, Ko-Vorsitzender von RPR-PARNAS, und Grigori Melkonjanz, Ko-Vorsitzender des Rates von Golos, im Juni 2013 in Barnaul.

Foto: hhs

Vom 21. August bis zum 12. September 2013

21.08.2013	Ein Rayonsgericht im Bezirk Krasnodar verurteilt den ehemaligen Vorsitzenden der Stadtverwaltung von Krymsk zu sechs Jahren sowie den ehemaligen Bürgermeister der Stadt zu 3,5 Jahren Lagerhaft wegen Fahrlässigkeit bei der Flutkatastrophe im Sommer 2012, bei der 156 Menschen starben.
21.08.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew teilt auf einer Regierungssitzung mit, dass die führenden russischen Universitäten in den kommenden vier Jahren zusätzlich 42,5 Mrd. Rubel (ca. 960 Mio. €) an Haushaltsmitteln erhalten werden.
23.08.2013	Bei einer Kontrolle auf einem Obst- und Gemüsegroßhandelsmarkt nimmt die Polizei im Gebiet Moskau ca. 600 Personen fest, die gegen die Migrationsgesetze verstoßen haben sollen.
23.08.2013	Präsident Wladimir Putin unterschreibt einen Erlass zu besonderen Sicherheitsmaßnahmen während der Winterolympiade und der Paralympics in Sotschi. Demnach sind in Sotschi von Januar bis Ende März 2014 keine Mahnwachen und Demonstrationen erlaubt.
23.08.2013	Die große russische Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin Tatjana Saslawskaja stirbt im Alter von 87 Jahren in Moskau. Saslawskaja war Mitbegründerin des WZIOM und Ehrenvorsitzende des Lewada-Zentrums.
25.08.2013	Präsident Wladimir Putin trifft bei einem Arbeitsbesuch in der Republik Abchasien mit seinem Amtskollegen Alexander Ankwab zusammen. Die international nicht als Staat anerkannte Region feiert am Folgetag den fünften Jahrestag der Unabhängigkeit. Georgien schickt eine Protestnote an Russland.
26.08.2013	Die russische Küstenwache inspiziert einen Eisbrecher von Greenpeace, mit dem die Organisation gegen die Ölförderung im Nordmeer demonstriert und mit dem sie unerlaubterweise auf russisches Hoheitsgebiet eingedrungen war.
26.08.2013	Polizeibeamte beschlagnahmen im »Museum der Macht« in St. Petersburg eine Reihe von Gemälden, u. a. solche, die Präsident Putin und Ministerpräsident Medwedew in Damenunterwäsche zeigen.
27.08.2013	Achmed Kotijew, Sekretär des Sicherheitsrates in Inguschetien sowie sein Fahrer werden im Rayon Malgobek (Inguschetien) von Unbekannten erschossen.
27.08.2013	Das russische Katastrophenschutzministerium bringt 20 Tonnen Hilfsgüter nach Syrien und lässt 90 russische und GUS-Staatsbürger aus dem Land ausfliegen.
27.08.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht die Luftfahrtausstellung »MAKS-2013« bei Moskau. Erstmals werden Mittelstreckenraketen mittlerer Reichweite vom Typ S-350E der Öffentlichkeit vorgestellt.
28.08.2013	Die Ergebnisse der Ausschreibung zur Verteilung von 2,3 Mrd. Rubel (ca. 52 Mio. €) staatlicher Fördergeldern für russische NGOs werden veröffentlicht. Mehrere regierungskritische NGOs, darunter Memorial, Agora und die Moskauer Helsinki-Gruppe erhalten Projektförderung, die Wahlrechtsvereinigung Golos geht leer aus.
28.08.2013	Transneft meldet eine Reduzierung von Ölexporten nach Belarus im Umfang von 400.000 Tonnen ab dem 1. September, die Ölpipeline »Freundschaft« müsse repariert werden. Gleichzeitig äußert Gennadij Onischtschenko, Vorsitzender des Russischen Dienstes für den Verbraucherschutz, Zweifel an der Qualität weißrussischer Milchprodukte. Zwei Tage zuvor war Wladislaw Baumgartner, Generaldirektor des russischen Konzerns »Uralkali«, in Minsk wegen Amtsmissbrauchs festgenommen worden.
29.08.2013	Präsident Wladimir Putin macht sich ein Bild von der Hochwasserlage in Fernost. Bei Blagoweschtschensk verspricht er den Landwirten Hilfe, in Chabarowsk berät er mit Ministern und Vorsitzenden föderaler Behörden die Situation. Das seit einem Monat anhaltende Hochwasser betrifft mehr als 100.000 Personen, 11.000 Häuser stehen unter Wasser, 23.000 Personen wurden evakuiert. Der Amur erreicht einen Pegelstand von 760 Zentimetern.
30.08.2013	Die russische Agraraufsicht »Rosselchos« verhängt ein sofortiges Einfuhrverbot für Schweinefleisch aus Belarus. Als Grund wird die afrikanische Schweinepest in Belarus angeführt.
31.08.2013	Präsident Wladimir Putin entlässt per Erlass Viktor Ischajew, den Präsidialbevollmächtigten im Föderalbezirk Fernost und Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens. Sein Nachfolger wird Jurij Trutnew, ehemaliger Minister für Umwelt und Naturressourcen, der zusätzlich mit dem Rang eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten ausgestattet wird.
31.08.2013	In Moskau, St. Petersburg und weiteren Städten finden »Strategie-31«-Demonstrationen statt. In Moskau versammeln sich ca. 100 Demonstranten, 14 Personen werden vorübergehend festgenommen.

02.09.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt Valentina Matwijenko, die Vorsitzende des Föderationsrates, und Sergej Naryschkin, den Vorsitzenden der Staatsduma. Putin unterstützt deren Initiative, mit den Mitgliedern des US-Kongresses über den Einsatz in Syrien in einen intensiven Dialog zu treten.
03.09.2013	In Machatschkala (Dagestan) werden zwei Polizisten während ihrer Mittagspause in einem Café von Unbekannten erschossen. Ein weiterer Polizist überlebt den Anschlag schwer verletzt.
03.09.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen armenischen Amtskollegen Serzh Sargsjan. In einer Erklärung kündigt Sargsjan den Beitritt Armeniens zur Zollunion an. Außerdem erklärte er, dass Armenien an der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion teilnehmen werde.
04.09.2013	Im Vorfeld des G-20-Gipfels gibt Präsident Wladimir Putin dem »Ersten Kanal« und der Associated Press ein Interview. Themen sind Syrien, die Beziehungen zu den USA sowie innenpolitische Fragen.
04.09.2013	Wladimir Putin kommt mit dem Präsidentenrat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte zusammen. Er erörtert mit ihm Fragen der Finanzierung von NGO-Projekten und die Zukunft des »Ausländische Agenten«-Gesetzes.
04.09.2013	Das russische Außenministerium veröffentlicht eine Studie über den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien im März 2013. Danach entsprechen weder das Geschoss noch der chemische Inhalt den Beständen der regulären syrischen Streitkräfte.
05.09.2013	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Urwanskij-Rayon (Republik Kabardino-Balkarien) werden sechs Untergrundkämpfer getötet.
05.09.2013	Präsident Wladimir Putin trifft am Vortag des G-20 Gipfels in St. Petersburg mit Xi Jinping, dem Staatspräsidenten der Volksrepublik Chinas, zusammen. Im Zentrum stehen bilaterale und internationale Fragen. Im Anschluss erörtert Putin mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe Perspektiven der Zusammenarbeit.
05.–06.09.2013	In St. Petersburg findet der G-20-Gipfel statt. Die Reduzierung von Haushaltsdefiziten, Maßnahmen zur Wachstums- wie Beschäftigungsförderung und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung stehen im Zentrum. Die Präsidenten Wladimir Putin und Barack Obama kommen nun doch zu einem kurzen Gespräch zusammen, eine Einigung im Syrienkonflikt wird nicht erreicht.
06.09.2013	Am Rande des G-20-Gipfels kommen die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten zusammen. Im Zentrum steht die Gründung einer Entwicklungsbank der BRICS-Staaten, ferner wird eine Reform des IWF gefordert.
06.09.2013	Zwei große Landungsschiffe der Schwarzmeer- und Baltischen Flotte der Russischen Kriegsmarine sowie ein Aufklärungsschiff werden in das östliche Mittelmeer verlegt.
06.09.2013	In Moskau finden Konzertveranstaltungen der Bürgermeisterkandidaten statt. Rund 25.000 Anhänger des kommissarischen Bürgermeisters Sobjanin kommen im Sportstadion Lushniki zusammen, ebenso viele versammeln sich auf dem Moskauer Sacharow-Prospekt zur Unterstützung von Alexej Nawalnyj.
08.09.2013	Am Allgemeinen Wahltag finden in 81 Regionen rund 7.000 Wahlen und Referenden auf regionaler und lokaler Ebene statt. In acht Föderationssubjekten werden Gouverneure gewählt. Überall setzen sich die Amtsinhaber durch, die bis auf eine Ausnahme alle Kandidaten von »Einiges Russland« sind. Bei den Wahlen zu 16 Regionsparlamenten kann sich »Einiges Russland« überall durchsetzen. Bei den Kommunalwahlen erreichen in Jekaterinburg und Petrosavodsk überraschenderweise oppositionelle Kandidaten eine Mehrheit.
08.09.2013	Die Moskauer Bürgermeisterwahlen gewinnt der kommissarische Amtsinhaber Sergej Sobjanin mit 51,37%. Der Oppositionskandidat Alexej Nawalnyj kommt auf 27,24% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 32,07%.
09.09.2013	Präsident Wladimir Putin schlägt der Staatsduma Gesundheitsministerin Tatjana Golikowa als neue Vorsitzende des Rechnungshofes vor.
09.09.2013	Auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz versammeln sich nach Oppositionsangaben 40.000, der Polizei zufolge 9.000 Anhänger von Alexej Nawalnyj. Nawalnyj fordert die Überprüfung des Wahlergebnisses und geht davon aus, dass es zu einer Stichwahl zwischen ihm und Amtsinhaber Sergej Sobjanin kommt.
10.09.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt die neuen Oberhäupter der zehn Föderationssubjekte, in denen am 8. September direkte und indirekte (in Dagestan und Inguschetien) Wahlen für die Position des Verwaltungsoberhauptes/Gouverneurs stattgefunden haben. Alle Amtsinhaber wurden wiedergewählt.
10.09.2013	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Ilja Pjansin, wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf Präsident Wladimir Putin, zu zehn Jahren Lagerhaft.

10.09.2013	Gennadij Onischtschenko, Vorsitzender des russischen Dienstes für den Verbraucherschutz, teilt mit, dass Russland auf Grund von Qualitätsbedenken ein Importverbot für moldawischen Wein verhängt hat.
10.09.2013	Der russische Außenminister Sergej Lawrow greift eine Äußerung des Außenministers der USA John Kerry auf und schlägt vor, die Chemiewaffen Syriens unter internationale Kontrolle zu stellen. Die USA und Russland beginnen Gespräche, um zu prüfen, wie sich dieses Vorhaben realisieren lässt.
11.09.2013	Präsident Wladimir Putin ernennt Alexander Galuschka, den Co-Vorsitzenden der Organisation »Unternehmerisches Russland« und Co-Vorsitzenden des Zentralstabs der »Vereinigten Volksfront«, zum Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens.
11.09.2013	Die New York Times veröffentlicht einen Beitrag Wladimir Putins, in dem dieser vor einem Einsatz der US-Streitkräfte in Syrien warnt.
12.09.2013	Alexej Nawalnyj reicht beim Moskauer Stadtgericht eine Klage ein, in der er die Annullierung des Wahlergebnisses bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen fordert.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de